Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17
Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u Feiertags in Halle a S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27
Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 52 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Frauenlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Donnerstag, den 3. März 1921 | Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im Kreisgebiete, Text 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Die Drahtzieher der Kapitalisten.

Kommunistische Zertrümmerer der Gewerkschaften.

Von W. Hesse.

Der Klassenkampf und seine Hintermänner scheinen keine Neigung zu haben, uns Auskunft auf neugierige Fragen zu geben. Diese sonderbare Haltung veranlaßt uns nun deutlicher zu werden, damit die irregeführten Arbeiter auch erfahren, wo die richtigen Spalter der Gewerkschaften sitzen.

Wir wiesen bereits darauf hin, daß am 18. Januar die neuen Strategen eine neue Taktik für die Gewerkschaftszukunft festgelegt haben. Heute sind wir in der Lage, näheres über jene Zusammenkunft mitzuteilen. An jener Konferenz in Halle nahm außer Joachim, Borna, Bartels, Gelsenkirchen, Wisotzki und Letsch, auch Puff und Dörr (?) Halle teil.

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß die von uns bereits mitgeteilte rote Kartellgründung Tatsache werden müsse.

Da die weitere Verelendung die Massen nach links treibe, müsse ihre Zusammenfassung außerhalb der Gewerkschaften schnell erfolgen. Die Gewerkschaften könne man nur noch als Durchgangsstation für das proletarisierte Bürgertum betrachten. Selbst die Umbildung der heutigen Gewerkschaften in Industrieverbände könne das Proletariat nicht mehr befriedigen. Nachdem die besten radikalsten Leute aus den Gewerkschaften ausgeschlossen würden, sei nicht mehr an Revolutionierung von innen zu denken, sondern man müsse sie mit aller Energie von außen betreiben. Aus dieser Erkenntnis heraus sei es zwingende Notwendigkeit geworden,

die „Freie Arbeiter-Union",
den „Freien Landarbeiterverband Braunschweig",
den Verband der Hand- und Kopfarbeiter
und die wirtschaftliche Räteorganisation Mitteldeutschlands

in einem Kartell „proletarischer Wirtschaftsorganisationen" zusammenzufassen.

Hier sieht man endlich mit aller Deutlichkeit, welcher Geist den Worten Könens, Dörrs und anderen innewohnt, die ständig behaupten, man denke nicht an eine Zerschlagung der Gewerkschaften.

Mit erschreckender Deutlichkeit wird hier den irregeführten Arbeitern vor Augen geführt, daß sie selbst unbewußt als Mittel zur Zertrümmerung der Gewerkschaften dienen sollen.

Die VKPD. scheint jedoch mit diesen Sonderplänen nicht einverstanden zu sein, denn in der fraglichen Zusammenkunft der Zersetzungs-Sekte, wurde mitgeteilt, daß Dörr in den Vorstand der Zentrale der VKPD. gewählt sei und nach Berlin ziehen solle, was er jedoch abgelehnt hat.

Die VKPD. sieht wohl in der Kartellgründung eine große Gefahr, weshalb man beizeiten den wahrhaftig wertlosen Kopf abschlagen will, um ihn in Berlin desto reibungsloser beseitigen zu können. Dafür hat man, wie weiter mitgeteilt wurde, Richard Müller nach Halle schicken wollen.

In der Zusammenkunft wurde berichtet, daß man nötigenfalls der VKPD. mit ihren 500 000 Mitgliedern, 300 000 im roten Kartell zusammengefaßte Mitglieder gegenüber stellen könne.

Mit dieser stattlichen Zahl sei es möglich, auch der Zentrale der VKPD. seinen Willen aufzuzwingen.

Die Zentrale der VKPD. scheint, wie aus weiteren Berichten hervorgeht, an dem Hinauswurf der „roten Kartellführer" aus der VKPD. gedacht zu haben, denn man drehte den Spieß herum und erklärte: Das Hinauswerfen mißliebiger Kartellführer werde der Zentrale der VKPD. nicht viel nützen, denn das illegale „rote Kartell" **habe bis jetzt ziemlich genügend Material gegen die Führer der VKPD.**, vor allem aber gegen Levi, der den Antrag um Aufnahme der freien — außerhalb der alten Gewerkschaften stehenden — kommunistischen Gewerkschaften in die russische, rote Gewerkschaftszentrale, unterschlagen habe.

Einig war man sich auch über die Taktik, wie man am schnellsten und sichersten die Gewerkschaften erledigen könne. Wie man diese Arbeit auszuführen gedenkt, mögen folgende Sätze denen zeigen, die noch bis heute an die Phrase glaubten, die W. R. O. wollte die Gewerkschaften erhalten und stärken.

Man will nichts weniger, als in Mitteldeutschland große Streiks hervorrufen, bis die Kassen der Gewerkschaften durch übermäßige Inanspruchnahme der Streikunterstützung leer sind.

Das „rote Kartell" selbst fordere den Streik aus Idealismus; damit sei der Boden zur Massenflucht aus den Gewerkschaften vorbereitet und die Erstarkung des „roten Kartells" gewährleistet.

Damit haben wir den lückenlosen Beweis für alle unsere bisherigen Behauptungen geführt; **man will nicht streiken, um Vorteile für die Arbeiter zu erzielen, man entfacht Streiks um die Kraft der Gewerkschaften zu zermürben, um die Arbeiter desto sicherer der Willkür der Unternehmer auszuliefern.**

Damit haben wir einstweilen zur Genüge dargetan, wie es um die einmütige Kraft revolutionärer Organisationen bestellt ist. Kein Mensch dort weiß einen Weg, sieht ein Ziel, um den großen Mißerfolg der Phrasendrescher noch kurze Zeit zu verschleiern.

Das Ende für die Arbeiter wird katastrophal sein; in Berlin scheint man es zu ahnen, nur in und um Halle wird es noch so lange dauern, bis die Häupter der Dörr und Genossen von ihren heutigen Anbetern gefordert werden.

Heute wird Antwort gegeben.

London, 3. März. Ueber die gestrige Nachmittagssitzung der Alliierten wird folgender amtliche Bericht ausgegeben: Die Alliierten haben beschlossen, die Deutschen für Donnerstag mittag 12 Uhr in den St. James-Palast einzuladen. In der Sitzung wird der deutschen Delegation die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge mitgeteilt werden.

London, 3. März. Die nächste Vollsitzung der Konferenz unter Teilnahme der deutschen Delegation findet heute, Donnerstag, mittag 12 Uhr im St. James-Palast statt.

London, 3. März. Wie der Sonderberichterstatter der „Agence Havas" mitteilt, äußerte Briand bei seiner Rückkehr von der gestrigen Nachmittagssitzung ihm gegenüber, den Deutschen würden in der Donnerstagssitzung die einstimmigen Entscheidungen der Alliierten mitgeteilt werden. Er lehne es ab, vorher irgendwelche Mitteilungen zu machen.

London, 3. März. Reuter meldet: Bei der gestrigen Nachmittagskonferenz herrschte unbedingte Uebereinstimmung sowohl mit Bezug auf die deutschen Gegenvorschläge als auch auf die Folgen. Die Sitzung war von großer Bedeutung.

Antwort auf den Gewerkschaftsprotest.

London, 2. März. (EE.) Auf den Protest der holländischen Gewerkschaften gegen die Deutschland auferlegten Bedingungen antwortete Lloyd George in einem Telegramm, er sei überrascht, diesen Protest zu erhalten. Er könne sich durchaus nicht erinnern, daß während des Krieges, im Augenblicke, wo die imperialistische deutsche Regierung am Werke war, zu plündern, die holländischen Gewerkschaften einen Protest erhoben hätten. Ebensowenig sei ihm bewußt, daß die Arbeiter Hollands gegen die Verschickung französischer und belgischer Arbeiter, die in Deutschland Hätten Sklavenarbeit verrichten müssen, protestiert haben. Soweit es Lloyd George verstehen könne, hätte der gegenwärtige Protest der holländischen Gewerkschaften keinen anderen Zweck, wie auf die arbeitenden Klassen Frankreichs und Belgiens nicht nur die Kriegskosten, sondern auch jene der Wiedergutmachung der Schäden, die während der Hohenzollernherrschaft durch den Krieg hervorgerufen worden seien, abzuwälzen. Es sei nur gerecht, daß die Urheber des Krieges, deren Länder vollkommen unberührt vom Schrecken des Krieges geblieben seien, für alle diese Folgen aufkommen und die Kosten der Wiederherstellung der zerstörten Länder tragen.

Sollte dieses demagogische Geleise etwa die Antwort auf den feierlichen Protest der Gewerkschaftsinternationale sein, der nur zufällig von Holländern gezeichnet ist, weil das Bureau gerade in Amsterdam ist?

Wertfestsetzungen der geleisteten Sachlieferungen.

Bern, 3. März. Dem „Berner Bund" erscheint der Vorschlag, daß eine gemischte Sachverständigenkommission endlich einmal Klarheit über die von Deutschland geleisteten Sachleistungen bringen soll, besonders wichtig und wertvoll. Das Blatt schreibt: Es hat sich immer wieder gezeigt, daß die Berechnungen Deutschlands und die der Entente in dieser Frage stark auseinandergehen und daß es gar keinen Zweck hat, weiter darüber zu diskutieren, bevor man sich nicht auf eine bestimmte von beiden Seiten anerkannte Summe geeinigt hat. Schritt für Schritt muß vorgegangen werden, und da scheint uns gerade die Frage der Sachleistungen der geeignete Ausgangspunkt zu sein.

Vertrauensvotum für die italienischen Gewerkschaftsführer.

Livorno, 2. März. (Stefani.) Der Kongreß des italienischen Allgemeinen Arbeitsverbandes (C. G. L.) hat einen Antrag, der den derzeitigen Führern des Verbandes das Vertrauen ausspricht, mit großer Mehrheit angenommen und einen kommunistischen Gegenantrag abgelehnt.

In Erwartung des Urteilsspruches.

Mit banger Sorge blicken wir hinüber nach England, wo auf der Londoner Konferenz wieder einmal über unser Schicksal entschieden werden soll. Von allen Konferenzen, die seit Einstellung der militärischen Feindseligkeiten stattfanden, haben wir irgend etwas Gutes erhofft, das uns einen weniger trüben Ausblick in die Zukunft geben sollte, und jedesmal sind wir getäuscht worden. Jedesmal haben wir als Antwort neue feindselige Handlungen erhalten. So hat auch diese Zusammenkunft der Vertreter Deutschlands mit denen der Alliierten gleich im Anfang eine Form angenommen, die das niederdrückendste Gefühl in uns auslöst.

Mit banger Sorge erwarten wir die Antwort der alliierten Regierungen, die heute erfolgen soll. Von dieser Antwort hängt es ab, ob die deutschen Gegenvorschläge als ein elender Bettel wortlos beiseite geschoben werden und die Pariser Forderungen, die das Entsetzen der ganzen zivilisierten Welt hervorriefen, als zu erfüllendes Diktat uns auferlegt werden. Diese Antwort der Alliierten würde weiter nichts sein als die Fortsetzung des Krieges mit unmenschlicheren Mitteln, noch dazu gegen einen Wehrlosen, wie es Deutschland jetzt ist. Denn was sollen die Maßnahmen sein, mit denen man die Erfüllung der diktierten Forderungen durchsetzen will? Wenn man es wissen will, braucht man nur einen Blick in die französischen Zeitungen zu werfen, wie sie sich ihre Wünsche von ihren Berichterstattern aus London telegraphieren lassen. So berichtet Pertinax dem „Echo de Paris" aus London, Lloyd George habe gestern vorgeschlagen, man solle einfach die Verkäufe Deutschlands in den alliierten Ländern mit einer Taxe von 50 Prozent belegen. Dagegen werde Frankreich vorschlagen:

1. **die Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen am linken Rheinufer gemäß Artikel 270 des Friedensvertrages,**
2. die Errichtung eines autonomen Zollsystems in den Rheinlanden und
3. die Beschlagnahme der rheinischen Kohlenhäfen.

Im „Petit Journal" wird von einer weiteren geplanten Maßnahme gesprochen, nämlich der Besetzung von Mannheim und des Hafens von Hamburg durch eine englische Seedivision.

Bisher hat sich immer noch gezeigt, daß die Alliierten sich den französischen Wünschen im weitgehendsten Maße gefügig zeigten. So muß man denn auch gefaßt sein, daß schließlich ein großer Teil dieses Wahnsinns eine Zeitlang Wirklichkeit wird. Eine Zeitlang nur, denn es ist vollständig ausgeschlossen, daß dieser Hohn auf die Selbstbestimmung eines Volkes länger bestehen bleiben könnte.

Es sind ja nicht moralische Elemente, auf die sich die deutschen Gegenvorschläge stützen. Es ist eine umfassende Klarlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, was dieses unter der fünfjährigen Abschnürung vom Weltverkehr leidende Land augenblicklich leisten und wiedergutmachen kann. Aber auch die Pariser Forderungen der Alliierten sind von Deutschland mit keiner achtlosen Gebärde beiseite geschoben worden, wie es die Alliierten mit unseren Gegenvorschlägen getan haben. Die Pariser Forderungen auf mehrere 100 Milliarden Goldmark sind von den deutschen Sachverständigen in einer längeren Abhandlung untersucht worden und die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung nachgewiesen worden. Es sind die bekanntesten Namen der in Industrie und Handel an erster Stelle stehenden Männer, die dieses Gutachten unterschrieben haben. Nicht nur Vertreter des Kapitals, sondern auch Arbeitervertreter. Es heißt darin so lapidar und richtig zusammenfassend zum Schluß:

„Die Reparationsleistung kann nicht das Problem einer einzelnen Volkswirtschaft sein; sie ist das erste Problem einer neu zu gestaltenden Weltwirtschaft.

Deutschland ist entschlossen, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, um innerhalb dieser Gesamtwirtschaft den ihm obliegenden schwersten Teil der Leistung auf sich zu nehmen. Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung ist hier Voraussetzung.

London wird die Reihe der Verständigungen zu eröffnen haben, deren die Welt zum Aufbau ihrer Wirtschaft bedarf, die eine Wirtschaft der Solidarität und der Gerechtigkeit sein muß, wenn sie nicht von Krise zu Krise treibend in unabsehbarer Verwirrung enden soll."

Aber mit einer selbstherrlichen Handbewegung schieben die Staatsmänner der Entente Vorschläge und Begründungen beiseite. Die deutschen Vorschläge seien undiskutierbar, heißt es. Man verzichtet sogar auf den Schein, Gerechtigkeit üben zu wollen, sonst würde man in eine Prüfung der Vorschläge eingetreten sein und ihre falsche Grundlage nachgewiesen haben. Doch die Entente hat die militärische Gewalt über uns in den Händen und die verständigen Leute, wie der englische Professor Keynes, sind in den ehemals feindlichen Ländern dünn gesät, so kann man zu einem solch brutalen Vorgehen greifen, das getragen ist von dem Wunsche, den chauvinistischen Strömungen in den Entente-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210303-19/fragment/page=0001

völkern recht weit entgegenzukommen, das aus diesem Grunde auch in gefährlicher Weise ähnliche Strömungen in Deutschland begünstigt.

Mag die Antwort in London heute ausfallen wie sie will, wir wissen, daß die Worte, die die „Rheinische Ztg.", unser Kölner Parteiorgan, gestern über die Haltung der rheinischen Arbeiterschaft schrieb, für die Gesamtheit der Arbeiter zutreffen:

„Mag die Entente nunmehr ihre Sanktionen anwenden, wir im Rheinland wissen, daß diese Sanktionen in erster Linie uns treffen werden. Wir erwarten kühl, was uns bevorsteht. Wir wissen, daß die Forderungen der Entente aus der deutschen Arbeiterklasse herausgeholt werden sollen. Dementsprechend wird auch der Widerstand der Arbeiterklasse sein."

Deutscher Reichstag.

Der Tag der Juristen.

Die Mittwochsitzung des Reichstages begann unter großer Unruhe und Unaufmerksamkeit des Hauses. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Präsident Löbe der schicksalsschweren Entscheidung von London kurz gedacht und die Gemüter der Abgeordneten waren offenbar von dem Wetter, das sich dort zusammenballt, mehr erregt, als von den wenig bedeutenden Vorlagen, die heute zur Verhandlung kamen. Ein Entwurf über die Erhöhung der Postgebühren — die wievielste seit dem Kriege? — ging an einen Ausschuß; dann kam ein Entwurf, der unter dem schönen Titel „Entlastung der Gerichte" alle möglichen juristischen Notverordnungen bringt, und nun hatten die Juristen das Wort. Es ging um einige unabhängige Abänderungsanträge mehr formaljuristischer Natur, um einen gemeinsamen sozialistischen Antrag auf Beseitigung der Ordnungsstrafe für Rechtsanwälte vor Gericht und schließlich um einen kommunistischen Antrag, der die Zulassung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen fordert. Genosse Radbruch sprach sich entschieden für das Güteverfahren aus und bezeichnete die Einrichtung der Ordnungsstrafen mit Recht als eine Herabsetzung des Anwaltsstandes. Nach einer ausgedehnten juristischen Spezialdebatte fochten die Frauen aller Richtungen noch einen kleinen Strauß wegen des kommunistischen Antrages aus, der schließlich in namentlicher Abstimmung trotz der Bedenken des Reichsjustizministers und der ablehnenden Haltung der Rechten angenommen wurde. Anerkennenswerterweise fanden auch die demokratischen Frauen den Mut, dem Antrag zuzustimmen. Auch der Antrag auf Streichung der Ordnungsstrafen für Rechtsanwälte wurde im Hammelsprung angenommen. Schließlich wurde das Gesetz unter Ablehnung der unabhängigen Abänderungsanträge angenommen.

Der Reichswehrminister polemisiert gegen den „Vorwärts".

Die berufliche Interessenvertretung der Soldaten.

Im Wehrausschuß des Reichstages wandte sich am Mittwoch bei der Fortsetzung der Beratung des Wehrgesetzes Wehrminister Geßler gegen die Behauptung des „Vorwärts", das Wehrministerium sei in der Zeitungsfrage nicht liberal verfahren, da der Truppe das Halten des „Vorwärts" wiederholt verboten worden sei. Der Minister behauptete, daß ihm und den Offizieren seines Ministeriums während seiner Amtszeit auch nicht ein Fall bekanntgeworden sei, der die Behauptung des „Vorwärts" stützen könnte. (Ist der „Vorwärts" verantwortlich für die schlechten Informationen des Wehrministers? D. Red.) — Abg. Schöpflin (Soz.) betonte, daß kein Mitglied des Ausschusses an dem vom „Vorwärts" gebrachten Bericht beteiligt sei. — Zu § 35 (Mitgliedschaft bei nichtpolitischen Vereinen) äußern sich zunächst der Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) im ablehnenden, dagegen die Abgg. v. Gallwitz (Dn.) und Dr. Haas (Dem.) in zustimmendem Sinne. — Abg. Schöpflin (Soz.) tritt dafür ein, daß den Soldaten ihre wirtschaftliche Interessenvertretung in Berufsvereinen gestattet wird: Streiks, passive Resistenz und dergleichen Kampfmittel werden von den Wirtschaftsverbänden der Berufssoldaten nicht in Anspruch genommen. Wenn nur das System des alten preußischen Kriegsministeriums aufhört, kann man mit den Verbänden sicherlich gut auskommen. Die Entscheidung über ein Vereinsverbot darf nicht in die Hand der Standortskommandanten gelegt werden, sondern muß dem Reichswehrminister zustehen. Der Reichstag wäre dann die Kontrollinstanz und zugleich eine Schutzinstanz. Daß jetzt noch bei den Mannschaften ein gewisses Mißtrauen gegen die Offiziere vorhanden ist, ist auf deren übles Verhalten während des Krieges zurückzuführen. Abg. v. Schoch (D. Vp.): Ein Teil der Offiziere hat während des Krieges Fehler gemacht, aber die Revolution und der Amnestieerlaß der Volksbeauftragten haben es unmöglich gemacht, die schuldigen Offiziere zur Rechenschaft zu ziehen und auszustoßen. Ein Teil der Berufsverbände hat sich parteipolitisch betätigt. Das kann nicht gestattet werden.

Angriffe auf den Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten.

Reichswehrminister Geßler: § 35 des Gesetzes gewährt grundsätzlich das Recht der wirtschaftlichen Vereinsfreiheit. Es muß aber gleichzeitig dafür gesorgt werden, daß Mißbräuche verhindert und Reich und Volk durch Vereinsorganisationen nicht unter Druck gesetzt werden können. Ein Heer mit Streikrecht ist undenkbar. Dem politisch stark engagierten R. d. B. kann kein Privilegium eingeräumt werden. Ich bin aber bereit, mit diesem Verbande ebenso wie mit anderen zusammenzuarbeiten. Der Minister schildert hierauf das merkwürdige Verhältnis des R. d. B. während des Kapp-Putsches: der Vorsitzende des Verbandes habe damals in das Land hinaustelegraphiert, mit der rechtmäßigen Regierung nicht zu verhandeln. Später ist das doch geschehen, zugleich aber auch mit Kapp-Lüttwitz verhandelt worden. Als die Leitung des R. d. B. erkannte, daß die rechtmäßige Regierung Herr der Lage war, lenkte die Verbandsleitung ein, verlangte aber, daß sämtliche Leutnantsstellen den Mitgliedern des Verbandes eingeräumt würden. Auch 50 Prozent der Hauptmannsstellen und 25 Prozent der Stabsoffiziersstellen wollte der R. d. B. mit seinen Leuten besetzt haben. (?? D. Red.) Einverstanden ist der Minister mit der Anregung des Abg. v. Schoch, daß das Wehrkreiskommando für Verbote zuständig sein und das Wehrministerium die zweite Instanz bilden solle. — Abg. Kuhnt (U. Soz.) gibt eine andere Darstellung über die vom Wehrminister angeführten Vorkommnisse, fordert für die Soldaten volles Gewerkschaftsrecht und polemisiert weiter gegen die darin zum Ausdruck kommende Provozierung der Arbeiterschaft, daß man die neuerbauten Schiffe auf Namen wie Ludendorff, Tirpitz und ähnliche verrufene Namen taufe. — Abg. Goebel (Soz.) wendet sich gegen die Fassung des § 35: Auf den engen Rahmen der Anstellungsbedingungen darf die Tätigkeit der Berufsvereine nicht beschränkt werden. Die Angaben über das Verhalten der Leitung des R. d. B. beim Kapp-Putsch würden, wenn sie richtig wären, das ungünstigste Licht auf sie werfen. Es ist unmoralisch, in einer so entscheidungsvollen Stunde sein Verhalten von einer hohen Bezahlung und der Einräumung hoher Stellen abhängig zu machen. Die Rechtsfolgen eines Vereinsverbots für den Einzelnen in vorliegenden Gesetz müssen genauer präzisiert werden. Weiterberatung Donnerstag.

Lärmende Genußsucht und bitterste Not.

Berlin, 3. März. Der Vorsitzende des deutschen Roten Kreuzes hatte in einem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben auf die den Ernst der Lage verkennende Lebensführung besonders der besitzenden Klassen hingewiesen und gebeten, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Der Reichspräsident richtete am 16. Februar an den Reichskanzler ein Schreiben, das sich gegen die lärmende Genußsucht und das sittenlose Vergnügungstreiben gewisser Kreise wendet und die zuständigen Behörden zum Einschreiten auffordert. Der Reichskanzler setzte sich mit den Landesregierungen dieserhalb in Verbindung.

Tirpitz und Stinnes.

Wieder eine Aussperrung.

Flensburg, 1. März. Auf der Flensburger Schiffswerft sollte heute Vormittag ein für die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes in Hamburg erbauter, 12 000 Tonnen großer Dampfer vom Stapel laufen. Das Schiff sollte den Namen Tirpitz erhalten, womit sich jedoch die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht einverstanden erklärte. Da ein Vermittlungsvorschlag ergebnislos verlief, sperrte die Direktion der Werft heute Vormittag die gesamte Arbeiterschaft, etwa 2000 an der Zahl, aus. Staatssekretär a. D. von Tirpitz, der mit Stinnes und anderen Persönlichkeiten auf der Werft erschien, taufte das Schiff auf seinen Namen. Der Stapellauf erfolgte indessen nicht.

Eine Ansprache der Flensburger Arbeiter.

Wie wir erfahren, ist die verunglückte Schiffstaufe des „Tirpitz" in Flensburg doch nicht so sang- und klanglos abgegangen, wie nach den ersten Meldungen anzunehmen war. Wenn auch der Stapellauf des Dampfers unterbleiben mußte, so hatte sich doch auf der Werft ein Trupp vaterländischer Arbeiter zur Begrüßung der Herren Tirpitz und Stinnes eingefunden, deren Sprecher folgende Ansprache hielt:

Hochverehrter Herr Großadmiral!
Hochverehrter Herr Großkapitalist!

Mit Freude sehen wir heute zwei echte Repräsentanten des guten alten Preußen bei uns: Den Kriegshetzer und den Kriegsgewinnler. Sie, Herr Großadmiral, haben wie kein zweiter den Krieg gegen England geschürt, zum Wohle des Vaterlandes haben Sie dann vermieden, sich während der vier Kriegsjahre irgendwie persönlich in Gefahr zu begeben. Aber was tuts? Verdanken wir doch Ihrem herrlichen Wirken zwei Millionen Tote, anderthalb Millionen Kriegswitwen, ebensoviele Kriegswaisen, drei Millionen Kriegsbeschädigte, nebst allem sonstigen Elend. Sie sind einer der Hauptschuldigen des U-Boot-Krieges, für den wir jetzt so bitter büßen müssen, und was besonders anerkennenswert ist: Sie haben ihn gefordert, obwohl Sie in der Eile vergessen hatten, U-Boote zu bauen.

Und nun zu Ihnen, Herr Stinnes! Mit ungeheurem Geschick haben Sie verstanden, aus der Not des Volkes Riemen zu schneiden. Dafür sind wir deutschnationalen Arbeiter Ihnen ewig dankbar. Während in den Schützengräben Tag für Tag 3000 Deutsche starben, haben Sie in Belgien Finanzprojekte zur Verschlingung der belgischen Industrie ausgeheckt, die Ihnen netto hundert Millionen eingebracht hätten, wenn wir Belgien behalten hätten. Aber trotz des Kriegsverlustes waren Ihre Kriegsgewinne noch immer ungeheuer, denn es war ja so leicht, die Preise unter dem Hindenburgprogramm ins unendliche zu steigern. Unermeßlich, Herr Stinnes, haben Sie am Staat verdient, und deswegen sind Sie völlig im Recht, wenn Sie jetzt die persönliche Unterzeichnung einer Steuererklärung verweigern und von Ihrem vielfachen Millionengewinn bisher an Steuern — 172 000 Mk. abgeliefert haben. Empfangen Sie unseren nie endenden Dank dafür, daß Sie so schön dick und fett geworden sind, während wir zu Skeletten abmagerten.

Tirpitz und Stinnes, die edlen Vertreter des guten alten Preußen, hipp hipp hurra, horrido, heilo!

Die Antwort von Tirpitz und Stinnes ist uns bis zur Stunde noch nicht bekannt geworden!

*

Nach den neuesten Nachrichten ist der Stapellauf gestern nachmittag 3½ Uhr im Beisein des „Großadmirals" von Tirpitz und des Vertreters des bereits abgereisten Herrn Hugo Stinnes erfolgt. — Die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Flensburger Schiffsbaugesellschaft erfolgt am 3. März morgens.

Der Aulock-Prozeß.

Der Aulock-Prozeß, der gegenwärtig in Breslau verhandelt wird, entrollt ein Bild tierischer Roheit. In den wenigen Tagen der Kapp-Herrschaft in Breslau haben Soldaten des Freikorps Aulock dort Verhaftete mißhandelt, geprügelt und ermordet, wer ihnen gerade unter die Finger kam. Die harmloseste Bemerkung genügte, damit diese Bestien geradezu chinesische Martern aussannen und verübten. Wer irgend etwas besaß, was ihnen gefiel, sei es ein Fahrrad oder ein Ring, wurde bewußtlos geprügelt oder erschlagen. Gelegentlich genügte zur Verhaftung schon, daß ihnen die Nase irgend eines Opfers nicht gefiel. Der Mann wurde festgenommen und beschuldigt, Offiziere ermordet zu haben, und wenn er darauf hinwies, daß er zur Zeit des angeblichen Mordes ruhig auf seiner Arbeitsstelle gewesen sei, bekam er unter wüsten Mißhandlungen die Antwort: „Mit dreckigen Juden verhandeln wir nicht" Die Begleitmusik machten Schläge mit Peitschen, Stöcken, Kolben und Handgranaten, und die Zeugen, welche im Aulock-Prozeß auftreten, haben nach ihrer Mißhandlung durch die traurigen Helden des Kapp-Putsches wochenlang in Krankenhäusern zugebracht; zum großen Teil stehen sie heute noch in ärztlicher Behandlung

Man müßte glauben, daß in Breslau die kappistischen Soldaten des Freikorps plötzlich von einer Wahnsinnsepidemie befallen waren, wenn man nicht aus anderem Beispiel wüßte, daß die militaristische Gegenrevolution überall in der gleichen Weise wütet. Wo sie die Macht erlangt, hört jede Menschlichkeit auf, herrscht der weiße Schrecken in seiner brutalsten Gewalt, fällt die Menschheit ins finsterste Mittelalter zurück. Vor dem Breslauer Gericht stehen ein paar Feldwebel, Unteroffiziere und Soldaten. Die wahrhaft Schuldigen sind die Offiziere, die nicht nur im Kapp-Putsch Hochverrat gegen die Republik und das Reich begangen hatten, sondern auch unter den Mannschaften absichtlich die wüsteste Pogromstimmung erzeugten. Die Mißhandlungen, Verstümmelungen und Mordtaten sind den Offizieren sicherlich nicht unbemerkt geblieben, und es kann politisch ganz dahingestellt bleiben, ob die Gerichte die Offiziere nicht fassen konnten, weil sie außer ihrer niedrigen und gemeinen Gesinnung auch noch feige waren, und andere vorschickten, oder ob die preußische Justiz wieder einmal versagt hat, wie leider schon so oft, wenn es sich um die Strafverfolgung verbrecherischer Offiziere gehandelt hat.

Jedenfalls wird kein anständiger Mensch die Verhandlungen des Aulock-Prozesses lesen, ohne einen Seufzer der Genugtuung darüber auszustoßen, daß die viehische Gewaltherrschaft der Kapp-Offiziere keine Woche lang gedauert hat. Man mag noch so oft feststellen, daß die demokratische Republik im Herzen des deutschen Volkes noch nicht fest verankert ist, in den Kapp-Tagen hat sie jedenfalls eine wunderbare Kraft entwickelt, den Anschlag der Offiziersverschwörer zu durchkreuzen. Der Aulock-Prozeß ist aber ein Musterbeispiel für die entsetzlichen Zustände, die in den Ländern herrschen in denen dauernd der weiße Schrecken regiert.

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

(18. Fortsetzung.)

Doch geschah es, daß die Frauenzimmer sich in der Menge aus den Augen verloren und Hermine zuletzt mit Karl allein blieb und getreulich mit ihm zog von Scheibe zu Scheibe. Er begann am äußersten Ende, wo kein Gedränge war, und schoß ohne sonderlichen Ernst zwei oder drei Treffer gleich hintereinander. Nach Herminen sich umwendend, die hinter ihm stand, sagte er lachend: „Ei das geht ja gut!" Sie lachte auch, aber nur mit den Augen, mit dem Munde sagte sie ernsthaft: „Du mußt einen Becher gewinnen." — „Das geht nicht," antwortete Karl, „um fünfundzwanzig Nummern zu schießen, müßte ich wenigstens fünfzig Schüsse tun, und ich habe gerade nur fünfundzwanzig bei mir." — „Ei," sagte sie, „es gibt ja genug Pulver und Blei hier zu kaufen!"

„Das will ich aber nicht, da käme mir der Becher mit dem Schußgeld teuer zu stehen! Manche verpassen allerdings mehr Geld, als der Gewinn beträgt, aber ein solcher Narr bin ich nicht."

„Du bist ja hübsch grundsätzlich und haushälterisch," sagte sie beinahe zärtlich, „das gefällt mir! Aber das ist erst recht gut, wenn man mit wenigem so viel ausrichtet, wie andere mit ihren weitläufigen Anstalten und ihren schrecklichen Anstrengungen! Darum nimm dich zusammen und mach' es mit den fünfundzwanzig Kugeln! Wenn ich ein Schütze wäre, so wollt' ich es schon zwingen!"

„Nie, es kommt gar nicht vor, du Närrin!"

„Drum seid ihr eben Sonntagsschützen! Aber so fange nur endlich wieder an und probier's!"

Er tat einen weiteren Schuß und hatte wieder eine Nummer und dann noch eine. Wieder sah er Herminen an, und sie lachte noch mehr mit den Augen und sagte noch ernsthafter: „Siehst du? Es geht doch, jetzt fahre fort." — Unverwandt sah er sie an und konnte den Blick kaum wegwenden, denn noch nie hatte er ihre Augen so gesehen; es glühte etwas Herbes und Tyrannisches mitten in der lachenden Süßigkeit ihres Blickes, zwei Geister sprachen beredt aus seinem Glanze: der befehlende Wille, aber mit ihm verschmolzen die Verheißung des Lohnes und aus der Verschmelzung entstand ein neues geheimnisvolles Wesen. „Tu mir den Willen, ich habe dir mehr zu geben, als du ahnst!" sagten diese Augen, und Karl schaute fragend und neugierig hinein, bis sie sich verstanden mitten im Geräusch und Gebrause des Festes. Als er seine Augen in diesem Glanze gesättigt, wandte er sich wieder, zielte ruhig und traf abermals. Jetzt fing es ihm selbst an möglich zu scheinen; doch weil sich Leute um ihn zu sammeln begannen, ging er weg und suchte einen ruhigeren und einsameren Stand, und Hermine folgte ihm. Dort schoß er wiederum einige Treffer, ohne einen Schuß vergeblich zu tun; und so fing er an, die Kugeln bedächtlich wie Goldstücke zu behandeln, und jede begleitete Hermine mit geizigen leuchtenden Blicken, eh' sie im Laufe verschwand; Karl aber, eh' er zielte, ohne Hast noch Unruhe, schaute jedemal dem schönen Wesen ins Gesicht. So oft sein Glück auffiel und die Leute sich um ihn sammelten, ging er weiter vor eine andere Scheibe; auch steckte er die erhaltenen Zettel nicht auf den Hut, sondern gab sie seiner Begleiterin zum Aufbewahren; die hielt das ganze Büchel und nie hatte ein Schütz einen schöneren Nummernhalter besessen. So erfüllte er in der Tat ihren Wunsch und brachte nach und nach die fünfundzwanzig Schüsse so glücklich an, daß nicht einer außerhalb des vorgeschriebenen Kreises einschlug.

Sie überzählten die Karten und fanden das seltene Glück bestätigt. „Das habe ich einmal gekonnt und werde es in meinem Leben nie wieder machen!" sagte Karl; „item, das hast du mit deinen Augen bewirkt. Es nimmt mich nur wunder, was du noch alles damit durchzusetzen gedenkst!"

„Das mußt du abwarten," erwiderte sie und lachte jetzt auch mit dem Munde. „Geh jetzt zu den Alten," sagte er, „und bitte sie, sie möchten mich aus dem Gabensaal abholen, damit ich ein Geleit habe, da sonst niemand bei mir ist, oder willst du mit mir marschieren?" — „Ich hätte fast Lust," sagte sie, ging aber doch eilig davon.

Die Alten saßen in tiefen und fröhlichen Gesprächen; das Volk in der Hütte hatte sich zum größten Teil verändert; sie aber hielten fest an ihrem Tische und ließen das Leben um sich wogen. Lachend trat Hermine zu ihnen und rief: „Ihr sollt den Karl abholen, er hat einen Becher!"

„Wie, was?" riefen sie und brachen in Jubel aus; „so treibt er's?" — „Ja," sagte ein Bekannter, der eben herzutrat, „und zwar hat er den Becher mit fünfundzwanzig Schüssen gewonnen, das kommt nicht alle Tage vor! Ich habe das Pärchen beobachtet, wie sie's miteinander gemacht haben!" Meister Frymann sah erstaunt auf seine Tochter: „Hast du etwa auch geschossen? Ich will nicht hoffen; denn dergleichen Schützinnen nehmen sich gut aus so im ganzen, aber nicht im besonderen."

„Sei nur zufrieden," sagte Hermine, „ich habe nicht geschossen, sondern nur ihm befohlen, daß er gut schießen soll." Hediger aber erbleichte vor Verwunderung und Genugtuung, daß er einen Sohn haben sollte, redebegabt und berühmt in den Waffen, der mit Handlungen und Taten aus seiner verborgenen Schneiderwohnung hervorträte. Er zog die Pfeifen ein und dachte, da wolle er nichts mehr bevormunden. Doch die Greise brachen nun auf nach dem Gabentempel, wo sie richtig den jungen Helden schon mit dem glänzenden Becher in der Hand und mit den Trompetern auf sie harrend antrafen. Also zogen sie mit ihm nach der Weise eines muntern Marsches in die Hütte, um den Becher zu „verschwellen," wie man zu sagen pflegt, abermals mit festen kurzen Schrittchen und geballten Fäusten, triumphierend in die Runde blickend. An ihrem Hauptquartier wieder angekommen, füllte Karl den Becher, setzte ihn mitten auf den Tisch und sagte: „Hiemit widme ich diesen Becher der Gesellschaft, damit er stets bei ihrer Fahne bleibe!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210303-19/fragment/page=0002
DFG

Wie die Frauen wählen.

Die Sozialdemokratie hat den Frauen im November 1918 das Wahlrecht gegeben. Leider ist dieser Teil der deutschen Wählerschaft dafür unserer Partei wenig dankbar. Überall wo man die Frauen getrennt wählen ließ, um festzustellen wie sie wählen, ergibt sich, daß sie sich am meisten zu jenen Parteien hingezogen fühlen, die stets gegen das Frauenwahlrecht gekämpft haben und die Frauen auch heute noch als politisch minderwertig hinstellen.

Aus Hagen i. Westf. liegt ein derartiges Ergebnis vor. Von 37 000 Wahlberechtigten gaben 42 234 ihre Stimme ab, also rund 75 v. H. Davon entfielen auf 21 803 Stimmen auf die männlichen, 20 291 Stimmen auf die weiblichen Wähler, 140 Stimmen waren zersplittert. Im einzelnen verteilten sich die männlichen und weiblichen Stimmen wie folgt auf die Parteien:

S. P. D.	2795 männlich	1827 weiblich
U. S. P. D. . . .	3816 „	2559 „
K. P. D.	2068 „	1815 „
Demokraten . . .	3276 „	2892 „
Deutschnational . .	1609 „	1905 „
Deutsche Volkspart.	3425 „	4043 „
Zentrum	3914 „	5250 „

Ebenso schlimm liegt das Verhältnis in Köln. Auch von dort liegen einige Zahlen vor.

	Männer 1921	Männer 1920	Frauen 1921	Frauen 1920
Sozialdemokratie .	40 429	36 295	26 302	24 134
Unabhängige . . .	3 367	18 245	1 412	8 973
Kommunisten . . .	14 418	—	6 932	—
Zentrum	41 207	42 964	61 789	49 154
Deutsche Volkspartei	19 451	17 768	17 664	15 944
Deutschnationale . .	6 290	3 190	6 601	3 422
Ungültig	461	—	434	—
Wahlberechtigte . .	215 227	—	248 450	—
Gültige Stimmen .	131 634	119 263	125 611	110 364
Wahlbeteiligung . .	61.13 %		50,50 %	

Diese Zahlen stellen den Frauen kein gutes Zeugnis aus. Sie zeigen wenig Verständnis für den Ursprung der materiellen Not, unter der sie bei den zerrütteten Wirtschaftsverhältnissen am meisten leiden. Dieser Umstand läßt uns bezweifeln aber noch lange nicht zu Gegnern des Frauenwahlrechts werden, es spornt uns vielmehr an, mehr denn je für die politische Aufklärung der Frauen zu sorgen. Es ist daher unserer aller Pflicht in den kommenden Wochen nicht zu erlahmen in der Agitation für unsere Partei, in der Hauptsache unter den arbeitenden Frauen.

Die preußische Regierungsbildung.

Berlin, 3. März. Den Blättern zufolge wird die erste interfraktionelle Sitzung der bisherigen preußischen Koalitionsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, voraussichtlich am 7. März stattfinden, um über die Regierungsbildung einen Meinungsaustausch herbeizuführen. Wie der „Vorwärts" dazu bemerkt, steht man innerhalb der Sozialdemokratie nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts nicht in Frage komme.

Polen rüstet.

Wien, 2. März. Hiesige Blätter melden aus Prag: Rude Pravo erfährt, daß über die Slowakei Munitionstransporte nach Polen geleitet werden, und bemerkt, Minister Dr. Benes habe sich gelegentlich der Pariser Besprechungen mit dem polnischen Minister Fürsten Sapieha verpflichtet, daß die tschechoslowakische Regierung die Durchfuhr von Kriegsmaterial für die polnische Armee nicht behindern würde. Das Blatt berichtet auch über eine geplante Lieferung der Skodawerke an Polen und fordert die Eisenbahner auf, Militärtransporte gegen Sowjetrußland zu verhindern.

Nikita gestorben.

Antibes, 2. März. (Havas.) Der König von Montenegro ist gestorben. — Nikita hat in seiner langen Regierungszeit die alte Stammesverfassung mit List und Gewalt überwunden. Seiner an Ränken überreichen Herrschaft haben die Friedensdiktate ein Ende gemacht, da sie das selbständige Montenegro von der Landkarte strichen und es zu Südslawien schlugen.

Ein Tag Kasseler Kommunistenprozeß.

Der Kommunistenführer als Zeuge.

Aus dem nun fast drei Wochen dauernden Kasseler Kommunistenprozeß bringen wir unseren Lesern ausnahmsweise einmal einen Ausschnitt aus dem Gang der Verhandlungen am vergangenen Montag.

*

Bevor dann die Vernehmung Auderstraßes begonnen wird, bittet Dr. Seckel, den Zeugen zu fragen, ob er irgendwelche persönlichen Vorteile in dem gegen ihn schwebenden Verfahren versprochen erhalten hat, wenn er aussagt. Der Vorsitzende stellt auch demgemäß Fragen an den Zeugen, doch der Zeuge verneint.

Auderstraße erklärt, Mitglied der Bezirkszentrale Westfalens der KPD. zu sein. Das Gerippe einer Roten Armee sei aufgestellt worden. Er belastet die Angeklagten schwer. Der Aufstand sei Programmpunkt. Man habe von Zustandhaltung der Waffen gesprochen, daß die jetzige Regierung beseitigt werden müsse usw. Die Aufgabe der Zentrale sei gewesen, Reichswehr und Sipo mit kommunistischem Geist zu erfüllen. Führend seien in der Militärüberleitung Kaiser, Schroer und Harbich gewesen. Klingmüller habe die militärische Oberleitung Düsseldorf seit dem Vereinigungsparteitag gehabt.

Ueber die Gründe befragt, warum er seine Parteigenossen so schwer belaste, erklärt Auderstraße, ihn habe der Prozeß angeekelt, deshalb habe er die Wahrheit gesagt, er sei kein Spitzel, sondern Harbich habe Schriftstücke verloren und daher komme wahrscheinlich die Kenntnis der Staatsanwaltschaft.

Harbich und Auderstraße, einander gegenübergestellt, bleiben bei ihren einander widersprechenden Behauptungen. Auderstraße sagt, es habe ihn der Groll gepackt, wie er gelesen habe, daß die Angeklagten die Rote Armee als Abwehrorganisation ausgegeben hätten, das sei nicht kommunistisch gedacht. Er sei nie an der Zelle Harbichs gewesen und habe ihm auch keine 200 Mark versprochen. Ueber die Herkunft der 200 Mark will er keine Aussage machen, um nicht die KPD. zu belasten.

Auf Fragen des Staatsanwalts erklärt Auderstraße, er habe von der Essener Parteileitung erfahren, daß Harbich ihn in der Voruntersuchung nicht belastet habe. Die Parteileitung sei durch den Essener Rechtsanwalt Dr. Levi in den Besitz der Protokolle über die Vernehmungen gelangt. — Staatsanwalt: Das ist überaus interessant, denn alle in dem Protokoll genannten Personen sind flüchtig. — Auderstraße sagt auf Befragen weiter, daß in der Leitung der MPZ., einer Abteilung der Partei, Däumig, Scholz und Steinknecht gesessen hätten.

Vom Rechtsanwalt Wolff über

die Gründe seiner belastenden Aussage

befragt, erklärt Auderstraße, er sei zwar von seiner Partei gewarnt worden, beim Prozeß als Zeuge zu erscheinen, er wolle aber doch die Wahrheit aussagen, um die Art und Weise der Verteidigung der Angeklagten klarzustellen. Auf die Frage nach der Herkunft der 2000 Mark verweigert Auderstraße die Auskunft. Wie Dr. Wolff ausführt, liegt die Annahme nahe, daß er von der Partei das Geld erhalten habe, um zu flüchten, daß er es zwar genommen habe, aber doch zum Prozeß gehen wollte, um hier belastend auszusagen, und eben deshalb sei Auderstraße Spitzel. Nach einer kurzen Pause teilt der Vorsitzende mit, daß die Akten gegen Hauptmann Pfeffer und vom Waldenburger Orgesch-Prozeß vorliegen. Im ersten Fall handelt es sich um ein schwebendes Verfahren, sie könnten daher nicht verlesen werden, und auch im zweiten Falle ist noch kein schriftliches Urteil ergangen. In den Akten des Staßfurter Kommunistenprozesses sei keinerlei Material gefunden worden, das mit dem Klingmüllerschen Material Aehnlichkeit habe. Auderstraße erklärt sodann, er habe

500 Mark Unterstützungsgeld

durch den Hauptkassierer der KPD. in Dortmund, Holmer, erhalten, damit er verschwinde und in dem Prozeß nicht als Zeuge auftrete. Die restlichen 1500 Mark des bei ihm gefundenen Geldes bezeichnet er als Erlös aus verschiedenen Möbelverkäufen. Der Zeuge gibt auf Befragen des Rechtsanwalts Wolff überaus starke Antworten und wirft ihm als Mitglied der USP. vor, er wolle die KPD. bloßstellen. Als der Vorsitzende den Zeugen nochmals auf seine die Angeklagten schwer belastenden Aussagen hinweist und mit der Vereidigung droht, sagt Auderstraße, er sei als Spitzel bezeichnet worden und müsse dem Gericht Dinge erzählen, die dem Gericht neu sind, um sich von dem Verdacht der Spitzelei zu entlasten. — Dr. Wolff: Eben dadurch zeigt sich, daß der Zeuge Spitzel ist.

Dr. Wolff begründet sodann noch weitere Beweisanträge, so daß das Gericht über mehr als 50 Anträge Beschluß zu fassen hat. Die Verteidigung beantragt u. a., den

Reichsminister Simons als Zeugen

dafür, daß der Reichsregierung der Antrag gemacht worden ist, mit der in Bayern vorhandenen, nicht aufgelösten Orgesch einen Rechtsputsch zu machen, wenn die Londoner Verhandlungen es erfordern sollten. Der Staatsanwalt kündigt an, daß er, wenn das Gericht die Anträge über die Orgesch annehmen sollte, nicht nur Polizeibeamte, sondern auch Mitglieder der USP. und KPD. als Zeugen dafür beantragen müsse, daß die KPD. die bisherigen Rüstungen zum Zwecke des Angriffs betreibe. Außerdem müßte er 18 Artikel der „Roten Fahne" zu verlesen beantragen, aus denen dasselbe hervorgeht. Das Gericht lehnt, bis auf einen, sämtliche Beweisanträge ab.

Die Beweisanträge über die Orgesch seien unentbehrlich, denn das Gericht billige den Angeklagten zu, daß sie glaubten, es bestünden schlagfertige Organisationen von rechts. Von dem sogenannten Befehl, zu handeln, nimmt das Gericht an, daß er noch aus der Kapp-Zeit stamme. Ein Nachweis über das Verschwinden von Schriftstücken aus dem Klingmüllerschen Material werde nicht geführt werden können. Das Gericht nimmt weiter als erwiesen an, daß

von rechts und links gespritzelt

wurde. Die Ladung der Frau Auderstraße wird für Mittwoch beschlossen unter telegraphischer Uebersendung eines Vorschusses von 100 Mark.

Mittwoch Fortsetzung. Das Urteil dürfte Freitag nachmittag verkündet werden.

*

Kassel, 3. März. In dem Kasseler Kommunistenprozeß wurde gestern die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt bezeichnete in seinem Plaidoyer als erwiesen, daß die Angeklagten versucht hätten, eine Organisation militärischer Art ins Leben zu rufen. Er beantragte gegen die Angeklagten Klinkmüller und Lehrer Zeiser drei Jahre Zuchthaus und gegen die übrigen Angeklagten zwei Jahre bzw. ein Jahr Gefängnis.

Die Abstimmungsvorschriften für Oberschlesien.

Oppeln, 3. März. Die interalliierte Kommission gibt unter dem 2. März bekannt: 1. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Personen der Kategorie A nur nach Vorzeigung ihrer Wahlkarten und der grünen Legitimationskarten zur Abstimmung zugelassen werden. 2. Die Aufmerksamkeit der Interessenten wird auf die Notwendigkeit hingelenkt, durch die zuständige Gemeindeverwaltung jede Ungenauigkeit in ihren Legitimationskarten berichtigen zu lassen, die sich auf Angaben über ihren Namen, Vornamen, Alter und Geburtsort beziehen, außerdem in den Legitimationskarten für die Personen der Kategorie C jede Ungenauigkeit betreffs des Datums des Eintreffens im Abstimmungsgebiet. 3. Es wird außerdem in Erinnerung gebracht, daß jede Person, die bei der Abstimmung entweder eine andere Legitimationskarte als die ihr zustehende oder eine falsche Legitimationskarte gebrauchen würde, der in Art. 38 der Abstimmungsvorschriften vorgesehenen Strafen (Geld oder Gefängnis oder beide Strafen zusammen) unterliegt.

Achtung Oberschlesier!

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilen mit:

Die polnischen Organisationen in Oberschlesien haben sich von den Stimmlisten Abschriften machen lassen und versuchen nunmehr durch unmittelbare Einwirkung auf die Abstimmungsberechtigten selbst diese zu bewegen, für Polen zu stimmen. Sie bedienen sich hierzu der verschiedenartigsten Mittel. Das eine Mittel besteht darin, daß sie ihre polnischen Organisationen im Deutschen Reich beauftragen, die Stimmberechtigten aufzusuchen und sie je nach Lage des Falles durch Ueberredung, Geld, Drohungen und Schauermärchen zu veranlassen, entweder nicht zur Abstimmung zu fahren, oder zwar zu fahren, aber nicht abzustimmen, oder schließlich für Polen zu stimmen. Nicht selten verlangen sie hierbei schriftliche Erklärungen oder nehmen den Betreffenden einen Schwur ab. Ein anderes Mittel ist, durch Briefe von Verwandten der Abstimmungsberechtigten oder von in der gleichen Gemeinde wohnenden politisch bunten Persönlichkeiten auf die Abstimmungsberechtigten einzuwirken. Auch diese Briefe enthalten Schauermärchen, Drohungen, Gelbangebote usw. In den Briefen wird auch mitgeteilt, daß sich niemand finden würde, sie unterzubringen oder Verpflegung zu verabreichen.

Es bedarf keines Hinweises, daß diese Mittel ein Zeichen dafür sind, wie schlecht es in Oberschlesien um die polnische Sache steht, denn bekanntermaßen greift derjenige, dessen Sache schlecht steht, zu jedem Mittel, um noch zu retten, was vielleicht noch zu retten ist.

Die Abstimmungsberechtigten können versichert sein, daß durch die deutschen Organisationen in Oberschlesien dafür Sorge getragen wird, daß ihnen, sowohl auf der Heimfahrt, als auch auf der Rückfahrt, als auch selbstverständlich während der ganzen Zeit ihres Aufenthaltes durch niemand ein Haar gekrümmt wird. Für ihre Unterbringung und für ihre Verpflegung ist bei anständig gesinnten oberschlesischen Volksgenossen Vorsorge getroffen.

Um den polnischen Herrschaften das Handwerk zu legen, empfiehlt es sich, derartige Briefe, Schmähungen und Drohungen sofort der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier zur Kenntnis zu bringen, damit von hier aus das Erforderliche veranlaßt werden kann.

Handwerker und Beamte.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die „Mitteldeutsche Handwerker-Zeitung" vom 16. Febr. 1921 bringt unter der Ueberschrift „Die Notlage des kleinen Handwerkers und Geschäftsmannes" folgende Ausführungen:

„Mit mehr oder weniger Berechtigung führen heute alle Berufsstände ihre wirtschaftliche Notlage der Oeffentlichkeit vor. Bescheiden im Hintergrund hielt sich — wie immer — der kleine Handwerksmeister und Geschäftsmann, ihre stetig zunehmende Notlage entsagungsvoll tragend. Und doch sind gerade diese Stände in bedrängtesten Verhältnissen, zumal die allgemeine Geschäftslage für diese zunehmend schlechter wird. Es sei gestattet, die Notlage dieser Berufe der Beamten, als die am häufigsten ihre Stimme erhebende Erwerbsgruppe, gegenüberzustellen. Der Beamtenstand rechnet nur, was er an Barghalt bezieht. Er erhält Urlaub bei voller Bezahlung, er hat während Aussetzen des Dienstes bei geringen Unpäßlichkeiten keine Einbuße an Gehalt, ihm kann nicht gekündigt werden, guter oder schlechter Geschäftsgang, günstige oder ungünstige Konjunktur ändern seine Bezüge nicht. Er arbeitet nur 8 oder gar nur 7 Stunden, er erhält vor allem Pension. Welch hoh.m Kapital entspricht diese. Die Eisenbahn weist einen Fehlbetrag von 16 Milliarden auf usw. usw."

Nun die Beamten kennen ja die ungünstige Lage des kleinen Handwerkers; sie müssen es aber entschieden ablehnen, sich so hinstellen zu lassen, als wenn sie das beschaulichste Dasein schlechtlich noch auf Kosten anderer führten. Daß die Beamten leider häufig ihre Stimme erheben mußten und erheben müssen, lag daran, daß die Beamtenschaft gleich wie die Arbeiter- und Angestelltenschaft ständig als die Stiefkinder des Staates früher schon und auch jetzt noch behandelt sind. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn gesagt werden muß, daß von den genannten Berufsgruppen der preußische Staat sozusagen großgehungert worden ist. Oder möchte ein vernünftiger Mensch daran glauben, daß ein mittlerer Beamter mit 1500 Mark Jahresgehalt vor dem Kriege Frau und 2—3 Kinder oder noch mehr auskömmlich ernähren konnte? **Nebenbeschäftigung war ihm verboten auszuüben. Ist ein Beamter, der 8 Stunden, oft in schlechter Luft, im Büro, und als Außenbeamter den ganzen Tag auf der Straße zubringt, nicht erholungsbedürftig?** An Ausruhen während des Dienstes ist nicht zu denken; es sorgt schon das abzufertigende Publikum dafür, daß er sich keine Ruhe gönnen kann. Und man kann doch nicht behaupten, daß ein gewissenhafter Beamter bei geringer Unpäßlichkeit schon seinen Dienst aussetzt. Hat der Herr Artikelschreiber noch keinen hustenden oder verschnupften Beamten im Dienst vorgefunden? Nicht so sehr der Handwerksmeister, wohl aber der Geschäftsmann, auch der kleine Geschäftsmann, haben während des Krieges ihr Schäfchen ins Trockene gebracht. Wie steht es aber mit dem Beamten? Kann der Beamte, wenn er vielleicht das 4—5 fache seines früheren Gehalts an Diensteinkommen bezieht und das 10 fache und mehr für die notwendigsten Verbrauchsgegenstände — man denke nur an Kleider und Schuhe, an Lebensmittel usw. — verausgaben muß, nur einigermaßen bestehen? Der Handwerksmeister und Geschäftsmann schlägt bei teuerem Einkauf den Preis der Waren auf. Was schlägt aber der Beamte auf? Er bettelt von Zeit zu Zeit um Erhöhung seiner Entlohnung! Der Beamte hat die wenigen Ersparnisse zugesetzt und sieht der Zukunft seiner Kinder mit Besorgnis entgegen. Doch der Beamte weiß sich den Verhältnissen auch anzupassen, seine Kinder nehmen Lohnarbeit auf. Ob sich ein Handwerker dazu entschließen könnte? Als „eigener Herr" lebt er doch viel freier und ungezwungener. Daß guter Geschäftsgang und günstige Konjunktur die Lage des Beamten unverändert läßt, wie der Artikelschreiber erklärt, ist eben das betrübendste am Dasein des Beamten, zumal guter Geschäftsgang und günstige Konjunktur den schlechten Geschäftsgang und die ungünstige Konjunktur bei weitem überwiegen werden. Nun die Pension des Beamten: Ein Beamter, der 30—40 Dienstjahre zurückgelegt hatte, bezog vor dem Kriege, je nach seiner Stellung, die er inne hatte, etwa 1200, 2000, 4000 Mk. jährlich an Pension, mit welcher er bei bescheidensten Ansprüchen seinen Lebensabend recht und schlecht beschließen konnte. Im Todesfall erhielt seine Witwe 40 Prozent davon und die Kinder über 18 Jahren nichts. Ein Handwerksmeister, der sich in der Vorkriegszeit 100 000 Mk. oft schon in jüngeren Jahren erspart hatte, hatte davon bei zur Aufsetzung einen Zinsengenuß von 5000 Mk. Bei seinem Tode verblieb das Vermögen seiner Frau und auch seinen Kindern. Wer war nun der günstiger Gestellte? Bis jetzt hat der Handwerksmeister und der Geschäftsmann noch keine Einkommensteuer abgeführt. Wie steht es aber mit dem Beamten? 10 Prozent — und bei über 15 000 Mk. Einkommen 15 Prozent — seines Gehalts werden ihm ohne Murren in Abzug gebracht. Es kann doch nicht behauptet werden, daß 16 Milliarden Defizit bei der Eisenbahn auf die Gehälter und Löhne zurückzuführen sind. Ist dem Herrn Artikelschreiber nicht bekannt, daß die Eisenbahn während des Krieges die Militärtransporte und Sendungen unentgeltlich ausgeführt hat und daß hierbei auch große Abnutzungen der Materialien hervorgerufen wurden. Der Handwerksmeister und kleine Geschäftsmann scheinen zu vergessen, daß sie der Großbetrieb und das Großkapital schädigt und keineswegs die noch immer geringe Entlohnung der Beamten. Wie oft ist mit Recht betont worden, daß der Handwerksmeister Handwerker heranbildet und diese der Großbetrieb aufsaugt. Vielleicht ringen sich die Handwerksmeister auch einst zur sozialistischen Wirtschaftsform durch, dann dürfte auch für sie eine bessere Zeit anbrechen. Den Beamten aber als den Bessergestellten zu betrüteln, ist ein Unsinn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210303-19/fragment/page=0003

Wichtig für Berufszwecke!!
Auffallend preiswerte
Lederpantoffeln
aus guten Leder-Oberblatt, mit kräftig. Gerberböden, Lederbrand ohne, holzgenagelt und durchgenäht bietet an
Lederpantoffel-Versandhaus Halle a. S.
Steinweg 24 Hof I Tr.

A. Henckel,
Weiss-, Woll- und Kurzwaren,
Merseburg,
Oelgrube 29.

Dampf-Waschanstalt Hallloria
Marienstraße 2
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.
Telephon 2692.
Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.
Fam.-Wäsche u. Netzwäsche Gew. u. Stück

In einer Stunde sicher unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse, Brut Wanzen, Flöhe b. Mensch. u. Tier. „Eckolda", geruchl. M. Wund. unschädl. Verb. Schurig, Steinweg 10, Reilstr. 37. Immer erhältlich, Halleschestr. 24

Bitte, sofort bestellen!

Der Wahre Jacob

Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.
Ab Freitag, den 4. März 1921:
Das große Doppelprogramm!
Lotte Neumann
in dem großen Lustspiel in 4 Aufzügen
„Die drei Tanten"
Die Presse schreibt u. a.: Solche Stücke wie dieses, lustig in der Idee, geschmackvoll und von flottem Tempo in der Durchführung, wünscht sich das Kinopublikum viel, viel öfter zu sehen.
Vorführung: 5.00 7.10 9.20
Das sensationelle Detektiv-Abenteuer
Der schwarze Gast
5 spannende Akte mit Rita Parsen.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.
Beginn Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

U.T.

Alte Promenade 11a
Fernruf 5758.
Ab Freitag, den 4. März 1921:
Erstaufführung
Paul Wegener
im romantischen Spiel in 5 Akten
„Der verlorene Schatten"
Pressestimme zur Première: Eine Wegener Première ist von vornherein unter den Uraufführungen als Ereignis besonderer Art gekennzeichnet. Das Manuskript hält trotz seiner Phantastik Logik, im alleredelsten Sinn, der Verfasser des Films ist Paul Wegener selbst.
Vorführung: 4.40 6.50 9.10.
Die Berliner Range
4. Teil **Lotte schiebt** 4. Teil
Lustspiel in 3 Akten mit Hilde Wörner.
Vorführung: 4.10 6.20 8.30.
Die neuesten Wochenberichte || Von Schreibtisch und Werkstatt.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.

Stadt-Theater
Freitag, den 4. März
Anfg. 7½ Ed. 10½ Uhr:
Fidelio.
Sonnabend:
Sinfonie-Konzert
Leitung: Prof. Dr. Hans Pfitzner.

Thalia-Theater
Sonntag, den 6. März 1921, abends 7½ Uhr:
Comtesse Guckerl

ZOO.
Heute Donnerstag abends 8 Uhr
VI. Gesellschafts-Konzert
Solist: Opernsänger Hugo Bergholz (Tenor).
Eintrittspreis für Nichtabonnenten 2.— Mk.

Büro-Theater
Gr. Gosenstraße 12
Ab Freitag
„Der schwarze Diamant"
1 Vorspiel u. 4 Akte Hochstapler-, Kriminal- u. Liebesdrama, spielt in Russland u. Holland.
Arnold Rieck
3 Akter-Lustspiel als Dem trius.

Apollo-Theater
Tägl. 7½ Uhr
Mit Riesenlacherfolg
Die **Scheidungsreise**
Rechtzeitig Plätze bestellen

Sozialdemokratische Flugschriften
Heft 1.
Zur Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung.
Von Ernst Ruben.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.

Walhalla
Lichtspiel-Theater
Ab Freitag, den 4. März 1921
Das Haupt der Juarez
Ein gewaltiges Furioso in einem Vorspiel u. fünf Akten.
Der erste Film der Decla-Meisterwerke mit
SASCHA GURA
Margarete Kupfer - Eduard v. Winterstein
Adele Sandrock - Wilhelm Diegelmann
Herrliche und naturwahre Bilder aus Spaniens Vergangenheit und aus dem spanischen Volksleben!
Vorführung: 4.55 8.00 Uhr.
Ferner:
Flimmer-Rolf
Schwank in zwei Akten.
In der Hauptrolle: Rolf Lindau-Schulz
Vorführung: 4.20 7.10 10.00 Uhr.
Die neueste Messter-Wochenschau.

Vermischtes

Neue Fahrräder mit guter Bereifung u. Freilauf 1000 M., sowie Mäntel und Schläuche, Continental, Excelsior, Polak und Polak-Schlauchreifen zu bill. Preisen. **Conrad Wurmstich,** Fahrradhandl., Merseburgerstr. 3.

Zum großen
Butterfaß
Gr. Klausstr. 1.

Margarine feinste Qualität Pfd.	9.50
Palmin v. Schlink & Co. Pfd. Tafel	12.50
Schnittbohn. junge fadenfrei 2 Pfd.-Dose	5.25
Schweineschmalz Pfd.	11.00

Ernst Weinhold
Gr Klausstr. 1, am Markt.

Frauen im Vertrauen
Wer's gebraucht hat, weiß es, daß meine **Original-Mittel** für Frauen bei Störungen und Unregelmässigkeiten das Beste sind. Viele Dankschreiben laufen täglich ein über den guten Erfolg. Säumen Sie nicht länger, ein einziger Versuch macht auch Sie für Ihr ganzes Leben wieder froh und glücklich. Gänzlich unschädlich, voll. Garantiebrief schriftlich bei. Versand verschlossen gegen Nachnahme.
E. Weinert,
Hamburg A 49,
Catharinenstrasse 2.

Solbad Fürstenta!
Robert-Franzstr. 10.
Stark radium alt. Schmiedeeb. Moor- u. medizinische Bäder

Konfirmanden-Röcke
nur aus echten blauen Cheviot-Qualitäten, auch nach längerem Tragen noch echt in Farbe und tadellos im Sitz, nur eigene Fabrikate. Einreihig - Zweireihig und Sportform.

Preise:
Mk.
295.—
325.—
375.—
425.—
450.—
475.—
500.—
525.—
550.—
575.—
Beachten Sie bitte meine Schaufenster, auch ist die Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang gern gestattet.
Lehrlings-Bekleidung für alle Berufe.
Kleiderfabrik Julius Hammerschlag,
36 Gr. Ulrichstraße 36 nahe d. Alt. Promenade.

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstraße 51.
Fernspr. 4681.
Ab morgen, Freitag!
Täglich der mit grösster Spannung erwartete grösste italienische Gross-Sensations-Zirkusfilm
Der fürstliche Abenteurer
6 Akte
Buffalo, der stärkste Mann der Welt.

Ein Werk von selten wuchtiger Wirkung. Ein Zirkus- und **Sensations-Drama**, das jeden fesselt, erschüttert und in atemraubender Spannung erhält.
Spannend!
Sensationen und Kraftleistungen, wie sie in Deutschland noch nicht gezeigt wurden.
In den Hauptrollen:
die bekannten Darsteller
Kim — Kip — Kop.
Ferner:
4 Akte
Das Badehotel.
Köstliches Lustspiel mit
Edith Psilander :: Einar Zansenberg.
Einlass 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr. Sonntags Beginn 3 Uhr.

Minlos'sches Waschpulver
Wie ein Mann hängen Millionen dran.
Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich, wo nicht, wende man sich an
L. Minlos & Co., Cöln-Ehrenfeld,
oder unseren Vertreter
E. Mühlenhaupt, Leipzig, Hohenzollernstr. 2.
Fernsprecher 8576.

Holzpantoffeln für Frauen schon von 4 Mk. an.
Pantoffelhölzer in allen Größen und Sorten.
Tuchpantoffeln billig und gut.
Max Fricke, Pantoffelfabrik,
Tro haerstraße 69. Telephon 3385.
Ein großer Posten dauerhafte Kinderfilzpantoffeln mit Leder ohne Schein von 9 Mk. an.
Für Wiederverkäufer Extra-Preise.

Geh. Med.-Rat Dr. Schroeder's Heilinstitut für Haut- u. Geschlechtsleiden
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 54, I. Tel. 6497.
Spezialkuren (ohne Berufsstörung) bei Harnröhrenerkrankungen, Ausfluss bei Männern und Frauen, Syphilis, sex. Schwächen.
Blutuntersuchung — Künstl. Höhensonne
Sprechstunden des leit. Spezialarztes:
Wochentags 10—1, 3½—6½, auss. Mittw. nachm.
— Getrennte Warteräume —

Herrenhut-Reparaturen
liefert schnell, gut und preiswert
C. G. Nicolai
Spezialhaus für Herrenhüte mit eigener Reparaturwerkstatt
Gegründet 1875. Leipzigerstraße 13 Fernruf 4612.

Frauen
denen b. Störung d. Periode Blutstockung usw. andere Mittel nicht helfen, brauchen noch nicht zu verzagen, bestellen Sie sof. Präparate. Marke **Sorgenfrei**
Preisliste mit vielen Dankschreiben gegen Mk. 1. Voreinsendung. Generaldepot: H. Schäler, München, Arnulfstr. 42.

„Gilden-Sozialismus"
Vortrag von G. D. H. Cole.
Uebersetzt von Dr. Eva Schumann.
Preis 3 — Mk.
Buchhandlung Verlag der Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210303-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Verein Arbeiter-Jugend. Achtung Funktionäre! Die zu heute abend angesetzte Funktionärsitzung findet nicht statt. Freitag, abends 7 Uhr, wird im Jugendheim, Weidenplan 20, ein Vortrag über „Kunst und Handwerk“ gehalten. Dazu bittet um zahlreicher Erscheinen **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 3. März 1921.

Landaufenthalt und Kinderelend.

Das „Reichsarbeitsblatt“ brachte kürzlich eine wertvolle Arbeit über das Kinderelend in thüringischen Heimarbeit-Gebieten, eine Arbeit, die uns zugleich lehrt, wie groß das Elend allenthalben in Deutschland, besonders bei den Proletarierkindern sein muß, die unter ähnlichen Verhältnissen leben, wie bei den Kindern der Kriegerwitwen und dergleichen. Das Reichsarbeitsministerium hat aus allen Heimarbeitsgebieten Berichte erbeten. Die ausführlichsten Antworten gaben die thüringischen Staaten. Nicht nur die Tuberkulose ist ins Furchtbare gesteigert, auch die Magen- und Darmkrankheiten haben sehr zugenommen. In manchen Bezirken leiden die Kinder ausnahmslos an Erkrankungen der Mundhöhle, Drüsenschwellungen, englischer Krankheit, Blutarmut. Eine Mutterberatungsstelle berichtet, daß sämtliche Säuglinge von der Rachitis betroffen sind. In einer Gemeinde waren von 199 Schulanfängern 110 gesundheitlich minderwertig. Diese Ergebnisse decken sich mit den Feststellungen in der Amtshauptmannschaft Chemnitz, wo unter 10750 Fällen ärztlich auf ihren Gesundheitszustand untersuchter Schulkinder nur 1635 normal ernährte Kinder festgestellt wurden.

Bei solchen Feststellungen ist es höchst bedauerlich, wenn man in dem soeben erschienen Jahresbericht für 1919 des Vereins „Landaufenthalt für Schulkinder“ lesen muß, in wie hohem Maße die Aufnahmewilligkeit der Landbevölkerung zurückgegangen ist. 1917 konnte der Verein 574 600 Stadtkindern Landaufenthalt verschaffen, 1918 fiel diese Ziffer auf 271 670, um im Jahre 1919 auf weniger als die Hälfte, auf 112 218 Kinder, zu sinken. Diese Zahlen charakterisieren den selbstsüchtigen Geist des Agrariertums. Je größer die Not, um so geringer die Aufnahmewilligkeit. Und warum? Man will keine „Spartakistenkinder“. Die politischen Gegensätze rauben diesen Egoisten jegliches Menschentum. Schon bei der Aufnahme der Kinder kam dieser Egoismus zum Ausdruck, insofern die Nachfrage nach älteren Kindern am stärksten war, weil diese am besten arbeiten konnten. Und ganz besonders groß war darum auch die Nachfrage nach Knaben.

Bei der großen Bedeutung des Landaufenthaltes muß natürlich dennoch weiter die Unterbringung der proletarischen Stadtkinder auf dem Lande versucht werden. Der Schweizer Aufenthalt brachte den Kindern in sechs bis acht Wochen eine Gewichtszunahme bis zu 5½ Kilogramm, wie Prof. Abderhalden in einer Arbeit in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitteilt. Das Längenwachstum betrug bis zu acht Zentimeter. Aehnlich sind auch die Erfolge auf dem deutschen Lande. Dennoch zeigen uns diese Tatsachen, wie wenig wir uns auf die Freiwilligkeit und den guten Willen verlassen können, von dem im bürgerlichen Lager immer die Rede ist. Die Verhältnisse des Lebens müssen so sein, daß alle zu leben haben und daß niemand auf die Gnade anderer angewiesen ist. Und darum müssen wir Sozialisten sein.

Abtransport russischer Kriegsgefangener. Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg schreibt: „Der bevorstehende Abtransport der russischen Kriegsgefangenen macht deren umgehende Einlieferung in das zuständige oder nächstgelegene Gefangenenlager notwendig. Es sind daher sämtliche Genehmigungen zur Beschäftigung Kriegsgefangener mit dem 1. März aufgehoben. Einlieferung der Russen ins Lager muß spätestens bis zum 15. März 1921 erfolgen. Zurückzusenden in das Lager sind auch alle Russen, die angeblich dauernd in Deutschland verbleiben wollen. Eine Weiterbeschäftigung der Gefangenen nach dem 15 März 1921 ist nach den bestehenden Bestimmungen strafrechtlich zu verfolgen Eingehende Anträge auf Belassung von Gefangenen werden nicht mehr angenommen.

Die neuen Postgebühren.

Der Reichstag beschäftigt sich gegenwärtig mit der Beratung über die Entwürfe des Reichspostministers zur Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren. Die Gesetze, wozu der Reichsrat seine Zustimmung schon erteilt hat, sehen folgende Aenderungen vor:

Künftig beträgt ohne Rücksicht auf die Entfernung die Gebühr für

1. die Postkarte 40 Pf.,
2. den Brief bis 20 Gramm 60 Pf., über 20—100 Gramm 1 Mark, über 100—250 Gramm 1,50 Mark;
3. die Drucksache bis 50 Gramm 15 Pf., über 50—100 Gramm 30 Pf., über 100—250 Gramm 60 Pf., über 250—500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 Mark;
4. das Geschäftspapier bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 Mark;
5. die Warenprobe bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf.;
6. die aus zusammengepackten Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben bestehende Mischsendung bis 250 Gramm 60 Pf., über 250—500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 Mark;
7. das Päckchen bis 1 Kilogramm 2 Mark.

Die Gebühr für Postanweisungen beträgt

bis 50 ℳ einschl.	0.50 ℳ
über 50 „ 250 ℳ „	1,— ℳ
„ 250 „ 500 ℳ „	1,50 ℳ
„ 500 „ 1000 ℳ	2,— ℳ

Die Postanweisungen sind vollständig frei zu machen.

Für Wertsendungen werden erhoben

1. die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung,
2. eine Versicherungsgebühr, welche beträgt bei Wertbriefen für 1000 ℳ Wertangabe oder einen Teil von 1000 ℳ 1,— ℳ
   bei Wertpaketen bis 500 ℳ einschließlich 1,— ℳ
   bei Wertpaketen über 500 bis 1000 ℳ einschl. 2,— ℳ
   bei Wertpaketen über 1000 für je 1000 ℳ Wertangabe oder einen Teil davon 2,— ℳ

Die Paketgebühr wird nach der Entfernung und nach dem Gewicht erhoben. Hierbei werden zwei Zonen unterschieden: eine Nahzone bis 75 Kilometer und eine Fernzone über 75 Kilometer.

Beim Gewichte werden vier Stufen von je 75 Kilogramm gebildet.

Die Paketgebühr beträgt in der	Nahzone	Fernzone
bis 5 Kilogramm einschließlich	3 ℳ	4 ℳ
über 5 bis 10 Kilogramm einschließlich	6 ℳ	8 ℳ
„ 10 „ 15 „	12 ℳ	16 ℳ
„ 15 „ 20 „	18 ℳ	24 ℳ

Für dringende Pakete wird die dreifache Gebühr, für sperriges Gut ein Zuschlag von 100 vom Hundert der Gebühr erhoben. Sperrige dringende Pakete sind von dem Sperrgutzuschlage befreit.

Die Zeitungsgebühr beträgt für eine Zeitungsnummer im Durchschnittsgewichte

bis 20 Gramm	2 Pfennig,
über 20 bis 50 Gramm	3 Pfennig.

Bei höherem Gewichte wird für jede weiteren 50 Gramm oder für einen Teil von 50 Gramm 1 Pfennig mehr erhoben. Die Mindestgebühr für den Bezug einer Zeitung beträgt jährlich 1 Mark 80 Pfennig.

Das Postscheckgesetz erfährt betreffs der Gebühren folgende Veränderung: Die Gebühren betragen in Zukunft:

1. für eine Einzahlung mit Zahlkarte

a) bei Beträgen bis 50 ℳ	0,25 ℳ,
b) bei Beträgen von mehr als 50 ℳ bis 500 ℳ	0,50 ℳ,
c) bei Beträgen von mehr als 500 ℳ bis 1000 ℳ	1,00 ℳ,
d) bei Beträgen von mehr als 1000 ℳ bis 2000 ℳ	1 50 ℳ,
e) bei Beträgen von mehr als 2000 ℳ	2,00 ℳ.

2. für jede Auszahlung eine Gebühr von ein Zehntel vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrags. Für jede Barauszahlung durch die Zahlstelle eines Postscheckamts sowie für die Uebersendung eines Schecks durch das Postscheckamt an eine Postanstalt und für die weitere Behandlung des Schecks bei dieser wird außerdem eine feste Gebühr von 30 Pf. erhoben.

Die Gebühren zu 1 sind vom Einzahler, die Gebühren zu 2 vom Auftraggeber zu entrichten.

Die Gebühren können mit Zustimmung des Reichsrats durch den Reichspostminister herabgesetzt werden.

Für Telegramme wird künftig folgender Satz erhoben:

1. bei gewöhnlichen Telegrammen 30 Pfennig für jedes Wort, mindestens 3 Mark,
2. bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Gebühren.

Die Gesetze treten am 1. April in Kraft.

Arbeitslose, die ein Fest beaufsichtigen.

Halle ist die Stadt der Kuriositäten. Manche Dinge geschehen hier, die alle Welt baß erstaunen machen. . . . Fand da am Dienstag im „Wintergarten“ der Apo-Bü-Ba (Apollo-Bühnen-Ball) statt. „Das Bemerkenswerteste an allem war, daß das Apollofest unter der Aufsicht der Arbeitslosen stattfand“ berichtet eine hiesige Zeitung. Am Vormittag des Festtages erschienen beim Direktor des Apollotheaters Herrn Steinert, dem Arrangeur der „freudevollen“ Veranstaltung, Arbeitslose, die eine Summe von 3000 Mark verlangten, um ihre Kollegen zu beruhigen. Nach den bürgerlichen Zeitungen erhielten sie nur 1000 Mark. Die Arbeitslosen gaben sich damit zufrieden und sorgten nun abends durch Ausstellen von Posten vor dem Wintergarten dafür, daß die Festbesucher ruhig ihren Sekt trinken und ihre tanzlüsternen Beine schwingen konnten. — Treue um Treue. . . Unter diesem eigenartigen Schutze scheint das Sekt-, Tanz- und Flirt-Fest nicht gelitten zu haben, denn man kann allenthalben von den „hochgehenden Wogen“ der Freude und des Ausgelassenseins hören. Die „Hallesche Ztg.“ schreibt: „Was soll über den Besuch gesagt werden? Man drängte sich zum Tanz, zum Sekt und zur Tombola. Man stieß sich in den Zelten und man war noch lustig, da die Arbeitslosen-Posten schon lange heimgetrollt waren.“

Na also. Man sollte die wackeren Posten als Schutzpolizei ausbilden lassen. Die Art der „Anteilnahme“ der Arbeitslosen an dem Fest erinnert an amerikanische Hinterwaldstreiche.

Nee sowas!

„Adolf Thiele handelt mit Auslandsware.“ — So, da stehts (im „Klassenkampf“ nämlich), also muß es wahr sein. Feine Sachen sind es, mit denen sich unser Genosse abgibt: Zucker und Butter! Und der „Klassenkampf“ schlägt Purzelbäume über den „schwunghaften Handel“ des Landrates vom Saalkreise. Was ist der Anlaß dazu? Gen. Thiele hat eine Verfügung des preußischen Staatskommissars für Volksernährung veröffentlicht, worin geschrieben steht, daß Auslandsbutter zum Preise von 32 Mark von der Reichfettstelle zur Versorgung der Gastwirtschaften zur Verfügung gestellt ist. Das gleiche gilt für den Auslandszucker. Dies der Tatbestand. Der „Klassenkampf“ aber knüpft daran Betrachtungen, die man in diesem Zusammenhang nur als völlig vorbeigelungen bezeichnen muß. Die Kommunisten haben doch auch gar zu wenig Glück mit ihren Agitationsmitteln.

Brennholz.

Die Ortskohlenstelle hat, um aus den Holzlagerbeständen den Verbrauchern billiges Brennholz zuzuführen, die Preise wie folgt herabgesetzt:

Für Verbraucher ab Lager Hafen:

1 Zentner ungeschnitten	10,50 ℳ
1 „ geschnitten	11,75 ℳ
1 „ ofenfertig	12,75 ℳ
bei Anlieferung frei Haus	1,75 ℳ

pro Zentner mehr.

Der Verkauf an Selbstabholer erfolgt im Lager Sophienhafen (Tel. 4653) in der Zeit von ½8 Uhr vorm. bis ¼4 Uhr nachm. Ebenso werden daselbst Baum- und Staketpfähle, Stangen, Latten usw., die sich besonders zu Einfriedigungen von Schrebergärten, Ackerland usw. eignen, zu mäßigen Preisen verkauft.

Bestellungen zur Anlieferung frei Haus sind mündlich oder schriftlich an die Ortskohlenstelle (Tel. 7651) zu richten.

Die Gültigkeitsdauer der Kriegsbeschädigten-Holzkarten läuft mit dem 31. d. Mts. ab. Die Belieferung rückständiger Holzkarten ist umgehend in die Wege zu leiten.

Ein Hauswirt, der vorschreibt, was für eine Zeitung seine Mieter lesen sollen, ist Herr Sachsenberger, Robert-Franz-Straße. Dieser Herr scheint auf die „Volksstimme“ einen besonderen Pik zu haben. Es gefällt ihm gar nicht, daß in seinem Hause Leute wohnen, die Volksstimmenleser sind und so versucht er, mit allerlei Mätzchen dazwischen zu fahren. Unserem Austräger wird z. B. von diesem Hauspascha untersagt, den vorderen Eingang zum Zeitungtragen zu benutzen. Wir wissen nicht, zu welcher Sorte Sozialistenfresser der Herr gehört, wollen aber seinem Wirken trotzdem an dieser Stelle ein Denkmal setzen. Vielleicht korrigiert er sich bald.

Der Begründer der Entwicklungsmechanik, Prof. Wilhelm Roux, hat mit dem Schluß des Semesters seinen Abschied von Lehramt an der Universität Halle genommen. Anläßlich seines 70. Geburtstages ist an der Universität eine „Wilhelm Roux Sammlung für Entwicklungsmechanik“ geschaffen worden, um deren Erhaltung Sorge getragen wird. Prof. Roux will auch ferner noch sein „Archiv für Entwicklungsmechanik“ herausgeben.

Fritz von Uhde.

Gest. 1911.

Von Werner Rowe.

Was für Norddeutschland, für Berlin, Max Liebermann ist, das ist für München Fritz von Uhde; der Bahnbrecher der Kunstbewegung gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, die sich loslöste vom Zwange der akademischen Ueberlieferungen. Seine Wirkung beruhte darauf, daß er sich unmittelbar an das Gemüt des Beschauers wandte: er brachte Ideen zur Darstellung, bei denen sich das Publikum „etwas denken“ konnte. Dadurch erreichte er, daß man nunmehr auch seinen künstlerischen Mitteln Aufmerksamkeit schenkte und so sich der neuen Auffassungsweise zu nähern begann. Man bezeichnete damals diese Kunstrichtung als Naturalismus, auch wohl heute noch wird dieser Name gebraucht. Er ist jedoch nicht gerade glücklich gewählt, denn auch der naturalistische Künstler gibt nicht eine bloße Nachahmung der Natur — sonst wäre ja die Photographie die höchste naturalistische Kunst — sondern er gibt die Natur so wieder, wie eben er sie sieht, wie sie auf ihn wirkt. Es handelt sich also um den Uebergang zum sog. Impressionismus, der ja den Eindruck, und zwar den ersten Eindruck darstellen will. Uhde hat dem Impressionismus, der von Frankreich zu uns kam, und damit auch den folgenden Kunstrichtungen den Boden in Deutschland vorberettet.

Uhdes Künstlerlaufbahn ist durchaus kein zielbewußter und gradliniger Aufstieg. Geboren wurde Fritz von Uhde am 22. Mai 1848 zu Wolkenburg im Königreich Sachsen. Schon als Gymnasiast hatte er sich mit der Malerei unter Anleitung des Zeichenlehrers Karl Mittenzwei in Zwickau beschäftigt. Als er aber endlich die Einwilligung seines Vaters zum Malerberuf erhalten hatte und die Dresdener Akademie besuchen durfte, zweifelte er an seinem Können angesichts des trockenen akademischen Unterrichts, der im Zeichnen nach Gipsfiguren bestand. Trotzdem sich Meister wie Wilhelm von Kaulbach und Schnorr von Carolsfeld günstig über sein Talent ausgesprochen hatten, glaubte er nicht an seine Befähigung zu ernstem Studium und verließ die Akademie schon nach etwa drei Monaten wieder und — ging zum Militär. In seiner dienstfreien Zeit freilich übte er fleißig weiter, wobei ihn der wenig bekannte, trotzdem aber tüchtige Maler Ludwig Albrecht Schuster in Dresden unterrichtete. Der Krieg von 1870 unterbrach auch diese Studien bis nach Kriegsende. Ein Schlachtenbild, das er dann in Leipzig ausstellte, fand mit Recht keinen Anklang. Während ihm bisher der Berliner Maler und Zeichner Menzel als das erstrebenswerte Vorbild erschienen war, machte jetzt der Wiener Maler Hans Makart mit seiner unerhörten Farbenpracht einen solchen Eindruck auf Uhde, daß er ganz in dessen Fahrwasser geriet. Makart selbst lehnte ihn als Schüler wegen zu starker Beschäftigung ab und verwies ihn an Piloty in München. Aber weder bei diesem noch bei anderen Münchener Künstlern — Uhde hatte inzwischen den Abschied vom Militär genommen — konnte er Aufnahme finden. So half er sich mit dem Studium der alten Meister in der Münchener Pinakothek. Da lernte er den ungarischen Maler Munkaczy kennen, der ihn aufforderte, mit ihm nach Paris zu kommen. Unter Munkaczys Führung machte er jetzt bedeutende Fortschritte und erzielte so viel Erfolg, daß er sich 1880 verheiraten konnte. Noch immer aber stand er unter dem Einflusse Anderer. Teils erinnern seine Bilder an Munkaczy, teils an die alten Holländer, teils an Münchener Meister wie Diez, auch Makart ist lange nicht vergessen. Ende 1880 siedelte Uhde endgültig nach München über. Wenn er auch schon jetzt einige Arbeiten schuf, die ihn als sachverständigen Künstler kennzeichneten, so findet sich doch andererseits gar manches, was nicht aus dem Rahmen der durchschnittlichen Ateliermalerei jener Zeit heraustritt. Entscheidend wurde die Bekanntschaft mit Max Liebermann, der ihm lehrte, daß die Natur die einzig richtige Lehrmeisterin sei, und der ihm riet, in Holland zu studieren. Liebermanns Freilichtmalerei erregte damals in München einen gewaltigen Sturm der Entrüstung, aber Uhde erkannte sogleich ihr Richtiges, und während der nächsten Zeit ist die Uhdesche Malerei ganz und gar abhängig von Liebermann. In Holland hielt sich Uhde während des Sommers 1882 auf und kehrte dann wieder nach seinem Wohnsitz München zurück. Jetzt hatte er den großen französischen Meister Bastien-Lepage verstehen gelernt, dessen Einfluß auch späterhin unverkennbar ist. Im Jahre 1884 trat dann endlich der Zeitpunkt ein, wo Uhde sich an das Gefühl zu wenden begann und mit seinen Darstellungen aus der biblischen Geschichte rasch dem großen Publikum bekannt wurde, wenn dieses auch zuerst seiner Auffassung durchaus ablehnend gegenüber stand, 1890 nahm er auch die Porträtmalerei in sein Arbeitsgebiet auf und schuf eine Reihe vollendeter Meisterstücke, freilich neben manchem weniger Guten. Es ist überhaupt eine typische Erscheinung in Uhdes Laufbahn, daß er zwischen seinen Meisterwerken immer wieder in Perioden verfiel, während deren er durchaus nicht höher als guter Durchschnitt stand. Die meisten seiner Ideen hat er — wie es ja bei neueren Malern vielfach üblich ist — sehr oft wiederholt in verschiedener Auffassung, wobei dann manches weniger geglückte Bild stand. Religiöse Stoffe stellte er noch späterhin dar, als er sich wieder der Natur zugewandt hatte und in der Freilichtmalerei die Stärke seines Könnens zeigte.

Uhdes Bilder religiösen Inhaltes werden charakterisiert durch seine eigene Auffassung. Er stellt Christus nicht idealisiert dar in der Art der landläufigen Heiligenmalerei sondern als Mensch unter Menschen, veredelt durch den Gedanken, dessen Träger er ist. Nicht in seiner geschichtlichen Gestalt erscheint ihm Christus, sondern als ein Verkünder des Lichtes, der Menschenliebe, dessen Geist an keine Zeit gebunden ist. Das drückt Uhde aus durch das Gewand, in das er seinen Christus kleidet, es ist „zeitlos“, gehört keiner Epoche an. So stellt er ihn unter Menschen der Gegenwart, unter die „Mühseligen und Beladenen“, die Uhde auffaßt nicht als die „da geistig arm sind“, sondern als die materiell Bedrückten. So ist Uhde in diesen Bildern gleichzeitig ein Maler des Proletariats. Das erste in dieser Reihe ist das 1884 entstandene „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, heute in Leipzig, das bei der Ausstellung begreifliches Aufsehen erregte. Die Kinder, die sich schüchtern und doch vertrauensvoll dem gütigen fremden Manne nähern, sind einzigartig in ihrem Ausdruck, der die Gefühle eines jeden von ihnen förmlich vom Gesichte ablesen läßt. Dabei ist das Ganze von einem milden und doch strahlenden Lichte durchtränkt. Weiter ist hier zu nennen das Bild aus dem Jahre 1885 in der Berliner Nationalgalerie „Komm, Herr Jesus, sei unser Gast“, das gegenüber den vorgenannten in der Lichtführung und dem Ausdruck den Fortschritt erkennen läßt. Besonders bemerkenswert ist hier die einfache Größe des Heilandes in seiner ruhigen Bewegung. 1886 wurde das in Berlin befindliche „Abendmahl“ vollendet, das im Publikum jetzt gewöhnlich für Uhdes bestes Werk angesehen wird. Als dieses Bild zuerst ausgestellt wurde, fand es fast allgemeinen Widerspruch, ja, man behauptete, die Apostel seien eine „Räuberbande“. Auch hier wieder strahlt das Licht vom Hintergrunde nach vorn, so daß es voll auf die Christusgestalt fällt und diese aus der Schar der Jünger heraushebt. Obgleich Christus nicht im räumlichen Mittelpunkte des Bildes steht, wird er dadurch zum malerischen Mittelpunkte, wie er ja auch der geistige ist. Hier finden wir keine neuzeitlichen Gewänder, aber auch keine altertümlichen, und zwar mit Absicht; auch diese Jünger Christi sind nicht die Menschen der Geschichte, sie sind vielmehr Menschen, die vom Geiste jener Apostel durchdrungen sind, also Typen und als solche unabhängig von Zeit und Namen. Uhde wählte auch nicht den Augenblick, da Christus das Wort gesprochen hat: „einer unter euch wird mich verraten“, jenen Augenblick, der die stärkste Bewegung ausdrücken läßt und daher von den Malern bevorzugt wurde, sondern es ist die Einsetzung des heiligen Abendmahles, der Augenblick der höchsten Weihe, verbunden mit der Wehmut der Abschiedsstimmung.

Dem breiteren Publikum ist Uhde wohl meist nur als der Maler dieser und anderer religiöser Bilder bekannt, doch ist er keineswegs auf dieses Gebiet beschränkt, wollte auch selbst durchaus nicht etwa als „Spezialität“ dafür aufgefaßt werden. Seine höchsten künstlerischen Leistungen liegen vielmehr auf dem Gebiete der Freilichtmalerei, der Darstellung des fluten[...] Hierher gehören die Bilder aus dem Jahre 1891 „[...] rin“ und „Am Fenster“ mit der jungen Näher[...] Fenster hinausbeugt, und dann die verschiede[...] Töchter im Garten und auf der Veranda vor[...] genden Jahren, in denen das Flimmern des [...] wiedergegeben ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921O303-19/fragment/page=0005

Die Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes erfordert eine Umanerkennung der den Rentenempfängern nach den bisherigen Gesetzen zustehenden Rente. Hierzu ist die Mitwirkung der betroffenen Kriegsbeschädigten erforderlich. Ein großer Teil der Rentenempfänger hat den Aufenthalt gewechselt, ohne daß die Versorgungsbehörde Kenntnis davon erhalten hat, weil der An- und Abmeldezwang fortgefallen ist. Das führt zu einem langwierigen Schriftwechsel zwischen dem Versorgungsamt und der Pensionsregelungsbehörde, der selbstverständlich die Arbeit der Umanerkennung zum Nachteil des Rentenempfängers verzögern muß. Es liegt daher im Interesse des Kriegsbeschädigten, der aus dem Bereich seines bisher zuständigen Versorgungsamtes (früher Bezirkskommando) verzogen ist, dies unter Angabe des nunmehrigen Wohnsitzes mitzuteilen, damit das Versorgungsamt das Aktenmaterial dem jetzt zuständigen Versorgungsamt übersenden kann. Weiterhin liegt es im Interesse des Kriegsbeschädigten, sich die für die Umanerkennung erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zu beschaffen und zwar in der Hauptsache folgende Urkunden: Heirats- und Sterbeurkunden, falls die Frau verstorben ist, Geburtsurkunden der Kinder. Für die letzteren sind Bescheinigungen in abgekürzter Form zulässig, die von den Standesbeamten kostenfrei ausgestellt werden. Die Geburtsscheine für die Kinder sind nicht beizubringen, wenn die Richtigkeit der Angaben des Beschädigten in den Spalten des Fragebogens amtlich bescheinigt wird. Wenn Familienstammbücher vorhanden sind, können diese beigefügt werden. Alle Urkunden werden zurückgegeben. Eine polizeiliche Bescheinigung, aus der zu ersehen ist, wie lange der Beschädigte an dem Ort wohnt, dient als Unterlage für die Festsetzung der Ortszulage.

Metallband für Postpakete. Nach einer schon früher getroffenen Anordnung der Postverwaltung darf das Metallband, dessen Beschaffenheit sich als mangelhaft erwiesen hat, nach bis zum 31. März zum Verschnüren von Postpaketen benutzt werden. Weiterhin ist nur die Verwendung von Metallband in verbesserter Form zugelassen, das folgenden Anforderungen entspricht: die Ränder müssen umgelegt (umgewalzt) sein und dürfen keine Schneidekanten aufweisen. Die Nietstellen müssen plattgedrückt und durch einen Metallring geschützt, die Bandenden untergelegt sein. Zur sachgemäßen Behandlung gehört, daß die Verschnürung straff angezogen und eng an die Umhüllung der Sendung gelegt, die Verknüpfung der Bandenden durch besonders dazu geeignetes Werkzeug ausgeführt und dabei, namentlich an den Bandenden, jede Unebenheit oder Schärfe vermieden wird. Gebrauchtes Metallband ist zur Wiederverwendung als Verschnürungsmittel nicht geeignet.

Gegen die Mückenplage. Es wird erneut auf die Innehaltung der Bestimmungen der Polizeiverordnung zur Bekämpfung der Mückenplage in der Saale-Elster- und Luppeniederung vom 3. 4. 1912 hingewiesen. Hiernach sind insbesondere in der Zeit vom 16. 3. bis 15. 10. jeden Jahres alle Regentonnen, Jäßer und sonstigen Wasserbehälter dicht zuzudecken, Pfützen oder Lachen, die sich nach Niederschlägen oder Hochwasser gebildet haben, zu beseitigen und bis der Zeit vom 1. November bis 15. März die in Kellern, Ställen usw. überwinternden Mücken zu vernichten.

Warnung. Die Unfälle durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf unbewachten Bahnübergängen hören nicht auf. Es wird deshalb den Geschirrführern die größte Vorsicht beim Befahren von unbewachten Uebergängen zur Pflicht gemacht. Gleichzeitig werden sie darauf hingewiesen, daß sie durch Unachtsamkeit nicht nur ihr eigenes Leben gefährden, sondern auch durch fahrlässige Gefährdung des Eisenbahnbetriebes sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.

Gasvergiftung. In der Reilstraße erkrankte eine ganze Familie an Gasvergiftung, ohne daß zunächst festgestellt werden konnte, woher das ausströmende Gas kam. Da sich der Gasgeruch immer nur dann bemerkbar machte, wenn die Zuglampe brannte, so kam man schließlich auf den Gedanken, daß an der Zugvorrichtung ein Fehler sein könnte, was dann auch der Fall war.

Reheit. Gestern vormittag gerieten in der Königstraße ein Arbeiter und eine Arbeiterehefrau miteinander in Streit, der zu Tätlichkeiten ausartete. Hierbei trat der Arbeiter die Frau derart gegen den Unterleib, daß sie zusammenbrach. Sie ließ sich im städtischen Krankenwagen dem Krankenhaus zuführen.

Der fehlende Arm. Festgenommen wurde ein Leipziger Hausierer, der als „angeblicher" Kriegsbeschädigter unter Vortäuschung des Verlustes seines linken Armes, im Zuge Leipzig—Halle Unterstützungen erbettelte. Er wurde von einem früheren Regimentskameraden erkannt und der Polizeiwache zugeführt, wo der „fehlende" Arm, den er unter der Kleidung verborgen hatte, wieder zum Vorschein kam.

Der aus dem Zuchthaus entwichene Arbeiter Franz Stahl wurde in der vergangenen Nacht wieder festgenommen.

Gestohlen wurde am 2. März, nachmittags um 6 Uhr, ein Fahrrad Marke „Diamant" mit Gepäckträger am Hinterrad. Da das Rad angeschlossen war, muß es vom Täter fortgetragen oder fortgeschleift sein. Das Rad stand auf dem Bürgersteig vor dem Geschäftshaus Wollmer. Personen die um 6 Uhr die Ulrichstraße passiert und über den Abtransport des Rades Mitteilung machen können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 41, zu melden. Auf die Wiedererlangung des Rades hat der Geschädigte 200 Mark Belohnung ausgesetzt.

Amerikahilfe. Nach einer Mitteilung des Sekretärs der amerikanischen Quäkerhilfe sind bis jetzt Nahrungsmittel in Höhe von 3 Millionen Dollars geliefert. Daran sind die Deutsch-Amerikaner mit 800 000 Dollar, die amerikanischen Quäker mit 35 000, die deutschen Mennonitien mit 150 000 Dollar beteiligt. Auch von den 2 Millionen Dollar Hoovergeldern ist der größere Teil von den deutsch-amerikanischen zusammengebracht. So anerkennenswert das Werk der Quäker ist, wollen wir doch darüber die brüderliche Hilfe der Deutsch-Amerikaner, die sich in so großartiger Weise bei der Quäkerspeisung beteiligt haben, nicht vergessen.

Metallarbeiterverband. Klempner und Installateure. Freitag, abends 7½ Uhr, bei Köppchen, Unterberg 12. Versammlung.

Merseburg Theater. Das Kabarett und Varieté ist in guter Aufwärtsentwicklung begriffen. Auch beim Märzprogramm langweilt man sich nicht. Für einen Humor, der nicht nur schneidende Witze bringt, sorgt Bacchus Jacoby. Die Geschwister Nellots bringen gesehene Verwandlungstänze, wobei sie jedoch nicht die Tänze verwandeln, sondern die Kleider. Ein furchtbar starker Mann ist Hans Dohlen. Seine Kraftleistungen erregten laute Verwunderung. Henry Welton bringt tollige Akte am schwebenden Trapez, wobei es empfindlichen Naturen schwindlig wird. Joe Sunder darf nicht vergessen werden. Seine Komik ist überwältigend und seine Technik fabelhaft. Daß er schon zum zweiten Male hier auftritt, ist ein Zeichen seines Könnens. Bei Mia v. Merwas Vorträgen bekam man das Frösteln, das soll jedoch kein Urteil sein. Die „Tante Klara" war eine tragikomische Sache, mit „grausamen Spott" vorgetragen. Operetten-liedchen werden selbstredend auch genügend konportiert. Mit dem politischen Witz steht's schlecht, sintemalen selbst gute Humoristen oft keine Ader für die wahre politische Satire haben. Harry Wilden sollte deutlicher sprechen. Beifall gab es viel.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, gelangt die Oper „Tiefland" zur Aufführung. Freitag „Fidelio". Sonnabend „Sinfonie-Konzert" unter Leitung von Professor Dr. Hans Pfitzner. Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen von 1 Mk. bis 5 Mk., „Pension Schöller", abends „Die Zauberflöte". Montag „Wenn Liebe erwacht".

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 6. März, abends 7½ Uhr, das Lustspiel „Komtesse Guckerl" von Schönthan und Koppel-Ellfeld zur Aufführung. Eintrittskarten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters.

Freie Volksbühne Halle. 4. Werk (Maria Magdalena). Spieltage: B: Freitag, den 4., C: Sonnabend, den 5., D: Montag, den 7., E: Mittwoch, den 9., F: Donnerstag, den 10. März.

Provinz und Umgegend.

Was die Industrie verdient.

Das Eisenhüttenwerk Thale Akt.-Ges. in Thale a. H., welches vor dem Kriege Sanierungsmaßnahmen notwendig hatte, aber durch Heereslieferungen recht „gesund" geworden ist, beabsichtigt eine Dividende von 50 Prozent (im Vorjahre „nur" 30 Proz.) zu verteilen. Man muß nun berücksichtigen, daß das Unternehmen in Vorjahren sog. Gratisaktien verteilte, die jetzt auch 50 Proz. erhalten, um zu ermessen, wie „verdient" worden ist. Man hat gar nicht, wohin mit dem Gelde. Trotzdem die Betriebsanlagen voll abgeschrieben sind, sind für Werkerhaltung (eine hübsche Umschreibung für Gelohamstern) 8 Millionen Mark ausgeworfen. Um auch etwas für die Arbeiter zu tun, hat man ausgeworfen: 6 Mill. Mark für Arbeiterwohnungen, 3 Millionen Mark für die Arbeiterpensionskasse, 3 Mill. Mark für die Beamtenunterstützungskasse und 1 300 000 Mk. zur Verteilung an die Arbeiter, womit man hofft, den Sozialisierungsgedanken entgültig totschlagen zu haben. Die Industrie heimst immer größere Gewinne ein, die werktätige Bevölkerung weiß vor Angst nicht mehr, wie sie sich durchbringen soll und dazu saselt man von einem Abbau der Preise. Wie sich das zu zusammenreimt.

Unionisten, die Angst vor der Abrechnung haben.

Die Unionisten Dornblut und Joachim im Bornaer Braunkohlenrevier hatten zwei Bergarbeiter aus demselben Revier wegen übler Nachrede vor das Amtsgericht Borna zitiert. Die Beiden hatten den Klägern nachgeredet, daß sie Gelder, die aus Anlaß des Kapp-Putsches als Revolutionsfonds aufgebracht waren, nicht im Sinne der Spender, sondern ordnungswidrig verwendet hätten.

Das Amtsgericht Borna hat aber jetzt das Verfahren mit folgender Begründung eingestellt:

„Die Beschuldigten sollen die Privatkläger durch die Behauptung beleidigt haben, daß sie Gelder eines Revolutionsfonds, der anläßlich des Märzputsches durch freiwillige Sammlung aufgebracht worden war, unterschlagen hätten. Die Beschuldigten geben zu, die ordnungswidrige Verwendung der beanstandeten Gelder gerügt zu haben, Dorn auch, diese Verwendung vollsümmlich als Unterschlagung bezeichnet haben. Sie haben zu ihrer Verteidigung vorgebracht, daß die gesammelten Gelder tatsächlich nicht nach dem angekündigten Zwecke der Sammlung und nicht im Sinne der Spender verwendet worden seien und nehmen als Spender der Sammlung für sich das Recht in Anspruch, nähere Aufklärung zu fordern. Jede beleidigende Absicht liege hierbei fern.

Das Amtsgericht hat durch Verfügung vom 22. 12. 1920 (Bl. 43 b. d. A) unter 3 angeordnet: Die Privatkläger haben binnen drei Wochen alle Unterlagen darüber vorzulegen, wie die in Betracht kommende Sammlung zustande gekommen ist, insbesondere von wem sie ausging und zu welchem Zwecke sie geschah. Sie haben ferner sämtliche Einnahmen und Ausgaben und die Verwendung des Restes nachzuweisen und die Belege dafür vorzulegen, alles dergestalt, daß ein Rechnungsprüfer imstande ist, die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung nachzuprüfen. Falls die verfügte Vorlegung nicht binnen 3 Wochen nach Zustellung des Beschlusses erfolgt ist, wird die Einstellung des Verfahrens nach § 43 Abs. 1 der St. P. O. erfolgen.

Diese Verfügung ist dem Rechtsanwalt Alfred Marschner in Leipzig als Vertreter der Privatkläger (Bl. 24, 28 b. d. A) laut Zustellungsurkunde (Bl. 44 b. d. A) am 19. 1. 1921 zugestellt worden, die den Privatklägern gesetzte Frist ist somit mit dem 9. 2. 21 abgelaufen. Die Privatkläger haben diese Frist, die ihnen unter Androhung der Einstellung des Verfahrens gesetzt war, nicht eingehalten und haben weder die ihnen gemachte Auflage erfüllt, noch sich sonst irgendwie zu der getroffenen Verfügung geäußert. Hiernach gilt nach § 431 Abs. 2. d. St. P. O. die erhobene Privatklage als zurückgenommen und das Verfahren ist demnach einzustellen."

Die Herren Unionisten fürchten also die Rechnungslegung und lassen lieber die schweren öffentlich gegen sie erhobenen Vorwürfe auf sich sitzen. Es wäre nur noch interessant zu erfahren, welchen Zwecken jene Gelder gedient haben.

Die Spender haben schließlich auch ein Recht, zu erfahren, was mit den Geldern geschehen ist.

Hütet euch vor Schwindlern!

Der Anhalter Anzeiger schreibt: In letzter Zeit werden von Händlern auf dem Lande Stoffe, Seide und andere Waren angeboten die angeblich aus einem vom Feuer heimgesuchten Versandhaus herstammen sollen. Die Preise werden von den Gaunern so niedrig gestellt, daß sich eine Reihe von Personen verleiten ließ, Bestellungen zu machen. Die geforderte Anzahlung wird geleistet und ein Bestellschein mit dem Namen des Versandhauses wird ausgefertigt, nach dem die Besteller dort die Ware in Empfang zu nehmen haben. Hier angekommen, müssen die Besteller die Wahrnehmung machen, daß sie Schwindlern in die Hände gefallen sind. Natürlich erhalten sie auf den fingierten Schein keine Ware. Entweder wollen die Schwindler Schundware los werden, oder es ist ihnen um die Anzahlung zu tun. Auf alle Fälle ist jeder gewarnt.

Merseburg. Die umfassende Literaturkenntnis des „Merseburger Korrespondent". Bitte Kognak bereitstellen, literaturbeflissener Leser, wenn du dir nachfolgende Kinonotiz des „Merseburger Korrespondenten" zu Gemüte führst:

„Das große Filmwerk „Anna Boleyn", das bei der Aufnahme bereits großes Aufsehen erregt hat und bei der Reichspräsident Ebert als Gast zugegen war, wird vom Freitag ab in den Kammer-Lichtspielen zur Aufführung gelangen. In der Hauptrolle als Anna Bolyn tritt die bekannte Künstlerin Henny Porten auf. Die Regie führte in bekannter technischer Ausführung Ernst Lubitsch. Damit beginnt die Verfilmung der Shakespeareschen Dramen."

Großer Dichter des „Othello" und „König Richard III.", drehdich nicht im Grabe um, wenn man dir zumutet, das geniale Meisterwerk „Anna Boleyn" verfaßt zu haben! — Dem „Merseburger Korrespondenten" aber können wir ergänzend berichten, daß gegenwärtig in Berlin auch die beiden anderen großen Meisterwerke Shakespeares „Das weiße Röß'l" und „Die Rose von Stambul" gedreht werden!!!

Merseburg. Lohnbewegung der städtischen Arbeiter. In einer am 24. 1. 21 tagenden Versammlung der städtischen Werke, wurde der Beschluß einmütig der Beschluß gefaßt, den jetzt laufenden Lohntarif zu kündigen, um eine Besserstellung der städtischen Arbeiter zu erreichen. Es wurde auf alle Klassen und Staffeln des Tarifes eine Zulage von 1 Mk. pro Stunde gefordert. Die Kündigung ist formgerecht am letzten Januartage erfolgt. Darauf ist auch ein Schreiben des Magistrats eingetroffen, das den Eingang bestätigt und gleichzeitig eine Anlage auf die Forderung der Belegschaft enthält. Die Lebensmittelpreise gingen täglich zurück, ebenso die Bedarfsartikelpreise, und darum sollte ein Grund zur Erhöhung nicht vorliegen. Die Stadt stände am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Außerdem stände der Frühling vor der Türe. Soll das etwa ein Hinweis darauf sein, daß die städtischen Arbeiter jetzt hinausgehen können und auf den Feldern plündern sollen? Oder will der Herr Erste Bürgermeister damit ausdrücken, daß sich die städtischen Arbeiter an Gras und Kräutern den Magen vollfüllen sollen? Dieser Hinweis ist wohl etwas zuviel gesagt. Wir werden ja in der nächsten Zeit sehen, ob der Herr Erste Bürgermeister bei der Eingruppierung in die Klasse der Oberbürgermeister auf seinen höheren Gehalt verzichtet, da die schlechte Finanzlage der Stadt und der billigen Preise es nicht zulassen, ihm einen höheren Gehalt aufzudrängen, als nach jeder Meinung sein Lebensunterhalt erfordert. Oder sollte das bei einem Oberbürgermeister anders sein? Der Magistrat verlangte darauf eine Erklärung des Betriebsrates auf seine Antwort. Der Betriebsrat hat darauf eine nähere Begründung für seine Forderung gegeben. In dieser Begründung wurde auf die bisherigen Löhne hingewiesen, die in der höchsten Staffel als Facharbeiter 5,73 Mk. betragen. Es war bei diesen Löhnen nicht möglich, den heruntergekommenen Körper das zuzuführen, was zu den jetzigen Preisen in den Geschäften zu kaufen ist. Aber auch die Kleidungsstücke und Bedarfsgegenstände sind soweit heruntergekommen, daß sie einer Erneuerung unbedingt bedürfen. Dazu reicht aber die jetzige Lohnung nicht aus. Als Antwort darauf wurde der bekannte Ebertsche Streikerlaß für lebenswichtige Betriebe in den einzelnen Werkstätten ausgehängt. Mittlerweile lief auch noch ein Schreiben vom Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden ein, der jede Lohnverhandlung ablehnte, da der Merseburger Lohn für unsere Verhältnisse genüge. Er wäre wohl bereit, einer Verlängerung des Tarifes eventuells zuzustimmen, wenn nicht über den Lohnabbau gesprochen werden könnte. Auch diese Zumutung in Anbetracht der Forderungen der Arbeiterschaft ist eine gewagte Sache. Aber der Herr Erste Bürgermeister mußte sich auch hier eine Niederlage holen. Im Tarif der städtischen Werke steht in Richtlinie III, Absatz 2: Die Lohnstufel bleibt örtlichen Vereinbarungen überlassen. Das ist wohl in der Hitze des Gefechtes übersehen worden. Der Herr Erste Bürgermeister hat sich dabei wohl nicht recht überlegt, daß auch die Arbeiter seiner Betriebe schreiben und auch lesen können. Es wurde daraufhin an die Stadtverordnetenversammlung ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sofortige Verhandlungen forderte. Der Antrag ist dann auch angenommen. An diesen Zeilen sollen aber die Einwohner von Merseburg ersehen, daß die städtischen Arbeiter nicht etwas unerreichbar Hohes fordern, sondern daß sie nur einen gerechten Lohnausgleich verlangen, der ihnen und ihren Familien das nackte Leben sichern soll. Und ferner dienen wohl diese Zeilen dazu, zu zeigen, daß alle Wege die überhaupt gangbar waren, versucht wurden, daß nichts versäumt wurde, um eine Verständigung herbeizuführen. Sollte aber der Herr Erste Bürgermeister nicht mehr Verständnis für die bedrängte Lage der Arbeiter aufbringen als alle Unternehmer der Privatindustrie, in der Chemie, im Bergbau und in der Metallindustrie hier und in der Umgebung, dann muß eben notgedrungen auch die Arbeiterschaft der städtischen Werke ihm einmal zeigen, daß sie auch mit allen legalen Mitteln seinen Widerstand zu brechen versteht. Dann soll aber Herr Hertzog mit seinem mindestens doppelt so hohen Monatsgehalt nicht mehr von unüberlegten Handlungen sprechen, sondern dann wird die Allgemeinheit ihr Urteil über Herrn Hertzog selbst bilden können.

Merseburg. Monatsbericht der städtischen Sparkasse. Der Geschäftsverkehr der städtischen Sparkasse in Merseburg ergab im abgelaufenen Monat Februar 1921 die nachverzeichneten Zahlen. Sparabteilung: 2006 Posten Einzahlungen 1 107 618,73 Mk., 1961 Posten Rückzahlungen 844 633,75 Mk. Scheckabteilung: 1889 Einnahmeposten 17 862 476,60 Mk., 2027 Ausgabeposten 20 106 510,79 Mark; hiervon 2550 Posten mit 33 0.6 295,98 Mk. bargeldlos. Depotabteilung: 55 Posten Zugänge 127 800 Mk., 45 Posten Abgänge 100 300 Mk. Bestand: 3026 Einzeldepots von zusammen 7 176 429 Mk. Nennwert. Effektenabteilung: 50 An- und Verkäufe von Effekten von zusammen 196 000 Mk. Nennwert. Gesamtumsatz pro Monat Februar 1921: 49 152 580,55 Mk. in 8 173 Posten.

Roßbach b. Weißenfels. Lehrvortrag. Sonntag, den 6. März, nachm. 3 Uhr, soll im Kühlemannschen Gasthof als Elternbesprechung ein Vortrag über das Thema „Die Schule nach der Reichsverfassung: Einheitsschule, Grundschule" gehalten werden. Da die Grundschule Ostern 1921 im ganzen Deutschen Reiche zur Einführung gelangt und die Einheitsschule ein nicht jedermann klarer Begriff ist, sollte keiner, der Interesse an Bildungsfragen hat, die Gelegenheit versäumen, sich Klarheit zu verschaffen. Nach dem Vortrag findet freie Aussprache über Schulfragen statt. Die Neuaufnahmen der Ostern schulpflichtigen Kinder findet Montag den 7. März, nachm. 3—4 Uhr, in der 1. Schulklasse (alte Schule) statt. Mitzubringen sind: Geburtsschein, Impfschein und bei auswärts Getauften, der Taufschein.

Leißling b. Weißenfels. Sozialistische Kulturarbeit. Die Vorträge unseres Genossen Thronicker über die Stellung des Bauernstandes einst und jetzt und die Siedlungsgesetzgebung, nehmen bis jetzt einen großartigen Verlauf. Ueberall, über alles Erwarten sehr starker Besuch fast von der gesamten Einwohnerschaft des betreffenden Ortes. Wir werden nach Verlauf zunächst dieser acht Vorträge einen zusammenfassenden Wochenbericht geben. In den nächsten Wochen werden weitere Vorträge in 50 Ortschaften des Landkreises Weißenfels gehalten werden, deren Anmeldungen und Einladungen an die Gemeindevorsteher und an die Gutsbezirke gelangen werden. Für die nächste Woche sind die Ortschaften vorgesehen: Markwerben, Burgwerben, Krichau, Schkorleben, Korbetha, Deitz. Auch hier bitten wir unsere Genossen in den Orten, zahlreich zu erscheinen.

Lettewitz. Unhaltbare Lage der hiesigen Landarbeiter. Das agitatorische Vorgehen der „Mansfelder Volkszeitung" hat noch nie unseren Beifall gefunden. Doch geht unsere politische Gegnerschaft nicht so weit, als ob nicht auch mir gerne veröffentlichten, was sie über haarsträubende Verhältnisse im Betriebe des Lettewitzer Gutsbesitzers Linnetampf berichtet. Sie schreibt nämlich: „In welch traurigen Wohnungen die Landarbeiter heute noch leben müssen, beweisen so recht die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter in dem Betriebe des Gutsbesitzers Linnetampf. Die Kammern feucht und naß, so daß die Betten verfaulen. Wirklich bei den niedrigen Löhnen und den hohen Mietspreisen für die Landarbeiter keine angenehme Sache. In den Kellern steht das Wasser ½ Meter hoch, so daß die Kartoffeln herausgefischt werden müssen. Das Drängen der Arbeiter, die Wohnungen zu reparieren, wird mit den Worten von Herrn Linnetampf abgelehnt: Bei mir ist es auch naß, zu solchen Reparaturen habe ich kein Geld. Aber einen neuen Kutschschuppen zu bauen, dazu hat Herr Linnetampf Geld. Man sieht hier mal wieder den sozialen Sinn jener Leute. Erst Kutschschuppen und dann noch lange nicht die Wohnungen der Arbeiter. In zwei Wohnungen soll es direkt lebensgefährlich sein, darinnen zu wohnen. Hier heißt es die Betriebsräte an die Front, daß solche Zustände beseitigt werden. Landarbeiter laßt euch nicht länger derartige Zustände gefallen. Verlangt als Menschen menschenwürdige Wohnungen. Seht euch die Wohnungen, die Paläste eurer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210303-19/fragment/page=0006

Arbeitgeber an. Schäd'gt euch nicht selbst dadurch, daß ihr euch gegenseitig verratet, sondern kämpft geschlossen für euer Recht."

Ob aber Herr Josef Schneider solche Mißstände durch „Aktionen" beseitigen könnte, ist immerhin sehr fraglich. Nur organische Umgestaltung der Gesellschaft wird dem Treiben des Agrariertums ein Ziel setzen.

Leislau b. Camburg a. S. Aufgedeckter Gänsediebstahl. Auf geradezu groteske Weise kam der Landwirt Otto Thielemann von hier wieder zu den Gänsen, welche ihm am Abend zuvor abhanden gekommen waren. Infolge des resoluten Vorgehens des Molauer Gendarmeriewachtmeisters wurde eine der gesuchten Gänse in dem Koffer einer Leislauer Frau im Zuge wiedergefunden, die andere in der Behausung. — Dieser Fall ist nicht der erste Geflügeldiebstahl. Schon mehrfach sind hier Gänse und Hühner abhanden gekommen.

Köthen. Auch ein Zeichen der Zeit. In welchem Umfange hier den Vergnügen gehuldigt wird, zeigt am deutlichsten die Höhe der einkommenden Lustbarkeitssteuer. Diese war im Jahre 1919 mit 5000 M., im Jahre 1920 mit 180 000 M. in den städtischen Haushaltsplan eingestellt worden. Schon jetzt ist die genannte Summe aber erheblich überschritten, obwohl das Etatsjahr noch bis zum 31. März läuft. Der Gesamtertrag der Lustbarkeitssteuer dürfte sich danach für das Jahr 1920/21 auf etwa 200—220 000 M. stellen, eine Summe, die noch vor gar nicht so vielen Jahren den gesamten Kämmerei-Etat Köthens darstellte.

Annaberg. Alles hat seine zwei Seiten. Ein schweres Bobsleighunglück ereignete sich am Ende der Pöhlberg-Rodelbahn bei Annaberg. Ein mit 6 Personen besetzter Bobsleigh war nach Mitternacht vom Berge abgefahren und hatte die stark vereiste Fahrstraße benutzt. Die ganze Fahrt ging in rasendem Tempo von statten. Gegen Ende der Bahn fuhr der schwere Rennschlitten gegen einen Baum. Von 6 Mitfahrern, jungen Damen und Herren aus Annaberg und Frohnau, wurden zwei Mädchen und 1 junger Mann sehr schwer verletzt.

Bitterfeld. Lügenhafte Berichterstattung. Der Klassenkampf schreibt am Freitag über die am Dienstag in Bitterfeld stattgefundene Betriebsrätesitzung von ein paar „gelben Betriebsräten" Der Berichterstatter scheint es mit der Wahrheit nicht ganz genau zu nehmen, denn er muß wissen, wie ganz anders die Verhältnisse liegen. Wir wollen seinem Gedächtnis ein wenig nachhelfen und ihm einen Ueberblick verschaffen, wie und nach welcher Seite hin sich die Betriebsrätebewegung im Bitterfelder Revier entwickelt.. Wir hatten als Anhänger des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Vollversammlung am 19. 12. 20 nur 31 Stimmen für uns, während dagegen die Anhänger der W.R.O. 72 Stimmen für sich buchen konnten. Bereits 10 Tage später aber hatten wir in einer Sitzung am 29. 12. 20, in welcher Referent und Korreferent für den Aufbau der Betriebsräte sprachen, 82 Stimmen für den D.G.B. und nur 80 Stimmen erklärten sich für die W.R.O. Nach dieser Niederlage wollten allerdings die Anhänger der W.R.O. ihre Stimmenunterlegenheit bestreiten, aber ohne Erfolg. Am 10.1.21 in der Vollversammlung der Betriebsräte der Chemie verließen die Anhänger der W.R.O. unter der Führung von Taube (Kommunist) die Sitzung. Die Mehrheit der Versammelten blieben als Anhänger des Gewerkschaftsbundes sitzen, um weiter zu tagen. In der am Dienstag, den 22. 2. 21, einberufenen Vollversammlung der Betriebsräte für die Anhänger des Gewerkschaftsbundes waren 108 Betriebsräte anwesend, die im Klassenkampf als „ein paar Gelbe" bezeichnet werden, während im Gegensatz dazu unter Führung von Taube (des Apostels) die Riesenzahl von 13 Jüngern erschienen waren. Angesichts dieser Tatsache kann man nur glauben, daß mit dieser Bezeichnung „ein paar Gelbe" nicht die Versammlung der Anhänger des D.G.B., sondern die andere Versammlung der Anhänger der W.R.O. gemeint ist, wenn dieses Eingeständnis der Tatsachen auch unfreiwillig sein dürfte und auch nicht gerade die Zustimmung der Leser des Klassenkampfes finden wird. Die Betriebsräte als Anhänger des Deutschen Gewerkschaftsbundes verstehen es auch, mit den Angestelltenräten Hand in Hand zu gehen, weil sie wissen, daß bei der weiteren Entwicklung des sozialistischen Gedankens die gestellten Ziele nur mit Hilfe der Angestelltenschaft zu erreichen sind, während dagegen die kommunistischen Betriebsräte in Bitterfeld ein Zusammenarbeiten mit den Angestellten durch ihre gehässige Propaganda von vornherein unmöglich machen. Auf Grund dieser Tatsachen sehen wir der Zukunft mit Ruhe und Zuversicht entgegen, denn die Entwicklung zeigt das Gegenteil von dem, was der Klassenkampf seinen Lesern vorsetzt. Die anderen Behauptungen in dem gleichen Artikel des Klassenkampfes entbehren in gleicher Weise der Wahrheit, wie die Behauptung bezüglich der „paar gelben Betriebsräte".

Wüstermarke (Kreis Schweinitz). 1920 lief einer immer heimlich vor dem andern zum Rittergutsbesitzer und bettelte um Land. Keiner traute dem andern, keiner gönnte etwas dem andern. Uneinigkeit macht schwach: Sie hatten keinen Erfolg. Nun kamen sie heimlich und vereinzelt zu einem Sozialdemokraten mit der Bitte um Unterstützung. Der brachte die Interessenten unter einen Hut, alle unterschrieben den von ihm aufgesetzten Wunsch und ein bescheidener Erfolg, 1 Morgen Pachtland war errungen. Aber die braven Arbeiter, meist im Sommer organisierte Zimmerleute, im Winter organisierte Waldarbeiter, haben nur im Sinn, die auf ihrer kleinen Landwirtschaft außer der nebenberuflichen Arbeit erzielten Gewinne in Eigentum unterzubringen. Jeder Gemeinschaftssinn geht ihnen noch ab. Ihr geringer Besitzstand berechtigt sie zwar zu weitgehenden Forderungen, jedoch darf die Forderung nicht zu jenem allen Gemeinsinn tötenden Eigentumsfanatismus ausarten, von dem die wahren Sozialisten mit Recht nichts wissen wollen. Es gibt Leute, die eben noch sozialistische Phrasen wie ein wildgewordener Springbrunnen hervorsprudelten, dann aber auf den ersten besten Bauernbundagitator hineinfielen, weil er ihnen mehr verspricht. Es gibt Leute, die daraufhin gleich demokratisch wählen und andere ebenfalls dazu veranlassen, die nicht mehr daran dachten, daß erst die freien Gewerkschaften ihnen einen auskömmlichen Lohn als Waldarbeiter erkämpft haben, derweil sie noch schliefen. Von 73 Proletariern, Kleinlandwirten und zugleich Arbeitern, sind 60 dem demokratischen Bauernbundagitator ins Garn gegangen. Man merkt es am Ausfall der Landtagswahl. Sie werden erst später sehen, daß sie schmählich mit wertlosen Versprechungen getäuscht worden sind.

Elsterwerda. Veruntreuung. Seine Firma, das Ueberlandwerk Liebenwerda, schwer geschädigt hat der seit etwa einem Vierteljahr hier anwesende Leiter des hiesigen Elektrizitätswerkes, Seek. Er hat nicht nur größere für die Firma vereinnahmte Summen für sich verbraucht, sondern auch das von ihm angeforderte Material zur Instandhaltung und zum Ausbau des Leitungsnetzes usw. weiterverkauft und die dafür erhaltenen Gelder ebenfalls für sich verwendet. Seek lebte auf großem Fuße und konnte natürlich den Aufwand, den er trieb, nicht von seinem Gehalte bestreiten, dazu gehörte ein fürstliches Einkommen. Die natürliche Folge war, daß er sich auf vorerwähnte Weise Geld machte. Diese unsauberen Manipulationen waren zur Kenntnis der Firma gelangt und war am Dienstag ein Vertreter derselben hier, um Seek zur Rede zu stellen und seine Verhaftung zu veranlassen. Der Uebeltäter, der an diesem Tage sich auf einer Reise befand, muß durch einen seiner Freunde von dem drohenden Verhängnis benachrichtigt worden sein, denn er zog es vor, unsichtbar zu bleiben. Seit Dienstag ist Seek flüchtig.

Dommitzsch. Verhaftung. Wie die „Domm. Ztg." meldet, ist der Molkereibesitzer Hugo Braake auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Torgau in Haft genommen, nachdem er schon im Januar auf Gerichtsbeschluß des Landgerichts Torgau seiner Geschäftsführung und Vertretung der Komm.-Ges. Hugo Braake & Co. enthoben worden war.

Schönebeck. Ueberfahren. Hier wurde ein Kind des Lederhändlers Bethke von einem Fuhrwerk überfahren. Die Räder gingen dem Kinde über die Beine und verletzten es schwer.

Guben. Unglück. Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am Markt, indem ein 12- bis 13jähriges Mädchen trotz starken Klingelns und Zurufens, vor den Wagen lief, um auf den gegenüberliegenden Bürgersteig zu gelangen. Es wurde umgeworfen und kam unter den Wagen. Ein zufällig anwesender Sanitäter der hiesigen Sanitätskolonne holte sofort das Kind hervor, und nachdem eine schwere äußerliche Verletzung nicht festzustellen war, konnte das Kind sich zu seinen Eltern begeben. Anscheinend handelt es sich um ein taubstummes Kind.

Aus aller Welt.

Dessau. Selbstmord. In Ziebigk ertränkte sich ein junges Mädchen, Ally Franke, die Tochter eines Eisenbahn-Oberassistenten. Sie war als Aushilfs-Telephonistin am Telephonamt in Dessau angestellt und am Dienstag aus dem Dienst ohne Angabe eines Grundes entlassen worden. Sie glaubte den Grund darin erkennen zu müssen, daß man den Verdacht hatte, sie habe sich den alten Schirm einer Kollegin, den sie für den Heimweg benutzt hatte, aneignen wollen, weil sie ihn erst nach einiger Zeit wiederbrachte. Dies war aber nicht der Grund ihrer Entlassung, die vielmehr wegen einiger Unregelmäßigkeiten im Dienste erfolgte. Das junge Mädchen nahm sich die Sache aber so zu Herzen, daß sie von Verzweiflung befallen wurde, und den Tod suchte.

Saargemünd. Grubenunglück. Vergangene Nacht ereignete sich infolge eines schlagenden Wetters in einem Schacht ein Einsturz. Man zog aus den Trümmern die Leichen von vier Bergarbeitern hervor. Die Aufräumungsarbeiten wurden begonnen.

Gewerkschaftliches.

Die Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter.

Sie hat am Montag in Berlin getagt. Die Versammlung war von 231 Delegierten aus 150 Orten besucht. Die beiden Referate waren Richard Müller und Rusch, den vom verlorenen gegangenen Metallarbeiterstreik des Jahres 1919 her bekannten großen Gewerkschaftsstrategen, übertragen worden. Beide führten dann auch ihren Auftrag völlig im Sinne ihrer Auftraggeber aus.

Richard Müller ging in seinem Referat gewaltig der verhaßten Gewerkschaftsbureaukratie zu Leibe. Die letzten großen Kämpfe des Proletariats seien gescheitert, weil die Gewerkschaftsführer die Arbeiter gedanklich und organisatorisch noch beherrschen. Die Kommunisten müssen deshalb den Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie in den Gewerkschaften führen. Sie werden den Kampf gegen den Verrat der Gewerkschaften auch trotz der Drohung, sie aus den Verbänden auszuschließen, durchführen. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl Müller eine Resolution, in der schärfster Protest gegen die Politik des Hauptvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Beirats erhoben wird. Für die nächste Verbandsgeneralversammlung sollen die Metallarbeiter nur solche Delegierte wählen, die für die praktische Verwirklichung der Grundsätze der letzten Generalversammlung einzutreten gewillt sind.

In der Diskussion wurde für die bevorstehenden Betriebsratswahlen die Aufstellung von kommunistischen Listen empfohlen, wenn dies auch im Widerspruch mit den Beschlüssen des A.D.G.B. und des M.V. stände. Die von Müller vorgeschlagene Resolution wurde angenommen.

Wenn es Müller mehr auf die besonderen Interessen der Metallarbeiter abgesehen hatte, so zog Rusch in seinem Referat gegen die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu Felde. Ihm mangelt es ja auch nicht an Qualifikation zur Kritik, hat er doch im Zeitraum von zwei Jahren dreimal seine politische Ansicht gewechselt. Er trat ein für die offizielle Beschickung des Moskauer Gewerkschaftskongresses. Ein Antrag, den Kongreß zu beschicken, wurde einstimmig angenommen und Richard Müller (Berlin), Hausding (Chemnitz) und Greis (Wiesbaden) als Delegierte gewählt.

In Vorahnung der kommenden Dinge und in richtiger Einschätzung ihrer Tätigkeit im Metallarbeiterverband beschäftigten sich dann die Besucher der Konferenz noch längere Zeit mit der Möglichkeit des Ausschusses der im Sinne der Moskauer Gewerkschaftsbureaukratie tätigen Verbandsmitglieder aus dem Deutschen Metallarbeiterverband.

Hiernach wurde die in ihren Ergebnissen recht magere Konferenz, für die eigentlich zwei Tage festgesetzt waren, geschlossen.

Volkswirtschaft.

Die Internationale des Kapitals. In einer Sitzung des amerikanischen Iron and Steel Institute wurde über den Vorschlag beraten, eine internationale Konferenz der Eisen- und Stahlfabrikanten in diesem oder im nächsten Sommer einzuberufen. Der Vorsitzende der Steel Corporation, Gary, teilte mit, es sei nicht beabsichtigt, die Löhne oder die Stahlpreise herabzusetzen.

Der unsichtbare Export. Die Ziffern der Handelsbilanz über die Ein- und Ausfuhr geben kein richtiges Bild von der Wirtschaftslage des Staates, wenn der sogenannte „unsichtbare Export" (vertreten in der Zahlungsbilanz) nicht berücksichtigt wird. Dieser unsichtbare Export umfaßt die Beträge aus Frachten, Versicherungsprämien, Zinsen und Amortisationen der im Ausland angelegten Kapitalien usw. So führt z. B. England viel mehr Waren ein wie aus. Im Jahre 1920 hat die Einfuhr um 334 Millionen Pfund die Ausfuhr überstiegen. Der unsichtbare Export beträgt aber nach den Berechnungen des Board of Trade Journal 500 Millionen Pfund. So ist die Bilanz für England mit 165 Millionen Pfund Sterling günstig.

Der französische Außenhandel. Frankreich ist es im Laufe des Jahres 1920 gelungen, seine Handelsbilanz bedeutend zu verbessern. Dies ist in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß es viel weniger Getreideeinfuhr brauchte. Während im Jahre 1919 seine Handelsbilanz um 21½ Milliarden Franken passiv war, ist der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr im Jahre 1920 auf 11½ Milliarden Franken gesunken.

Die Finanzkontrolle in Aegypten. Ein merkwürdiger Passus aus dem englischen amtlichen Bericht über Aegypten, einem Staat, dem Selbstverwaltung gewährt werden soll. Die Vertreter Englands, so heißt es, müssen über die ägyptischen Finanzen wachen. „Eine Insolvenz würde Aegypten ausländischen Mächten ausliefern, wenn wir nicht rechtzeitig eingreifen. Wir werden selbstverständlich nur durch freundlichen Rat helfen, als Freunde aber, deren Rat unbedingt befolgt werden muß. . ."

Vermischtes.

Boxer-Millionäre.

Ein Sportzweig, der sich heutzutage glänzend bezahlt macht, ist das Boxen. Die Gagen, die den ersten Kräften auf diesem Gebiet bezahlt werden, sind geradezu phantastisch. Vor etwas über 200 Jahren, in der Kindheit des Boxens, erhielt der damalige geschickteste Boxer „nur" etwa 7000 Mark für einen Kampf, und jetzt sind wir auf 300 000 Dollars — etwa 1¼ Millionen Goldmark — angelangt. Diesen Betrag hat sich der gegenwärtige Weltmeister Jack Dempsey für einen Kampf mit Carpentier ausbedungen. Eine der größten Gagen, die bisher ausgezahlt worden sind, ist die Preissumme im Treffen Jack Johnson—Jim Jeffries. Der Neger erhielt eine halbe Million und Jeffries als Pflaster auf die Niederlage fast ebensoviel. Nach diesem Sieg über Jeffries verdiente Johnson auf einer Tournee 1 300 000 Mark. Im Jahre 1910 schätzte man ihn auf drei Millionen, aber er war auch sehr schnell wieder mit seinem Gelde fertig. Als Beweis für die Verschwendung, die er mit dem schnell verdienten Gelde trieb, sei erwähnt, daß er sich auf seiner Reise nach Europa vier Automobile anschaffte. Alle Metallteile der Wagen waren anstatt aus Messing aus Gold. Außerdem hatte er an den Wagentüren zahlreiche Diamanten anbringen lassen. Als den reichsten Boxer der Gegenwart kann man wohl Georges Carpentier ansehen. Er hat jedoch nicht so viel durch Boxen verdient wie durch Filmen. Zwei Rundreisen in den Vereinigten Staaten haben ihm über drei Millionen eingebracht, und im Match gegen Dempsey ist ihm eine Million Goldmark sichergestellt. Carpentier war bereits vor dem Kriege ein recht vermögender Mann, und man schätzte ihn schon damals auf eine halbe Million Mark. Als treuer Sohn seines Landes hatte er sein ganzes Vermögen in den Kohlengruben von Lens angelegt, und als diese im Kriege zerstört wurden, verlor er alles. Er hat aber binnen kaum zwei Jahren das Vermögen, das er einst besaß, versechsfacht. Dempsey besaß noch vor wenigen Monaten so gut wie nichts. Das Wenige, was er sich erspart hatte, ging in einem Prozeß drauf. In den letzten Monaten hat er indessen etwa ¾ Million Goldmark gesammelt. Andere mehr oder weniger bekannte Boxer haben in wenigen Jahren Summen verdient, für deren Erwerbung sonst selbst ein tüchtiger Mann ein ganzes Leben braucht.

Eine japanische Industriekönigin. Wenn die Frauen bisher in der Reihe der großen Industriemagnaten nur spärlich vertreten sind, so rührt dies gewiß zum großen Teil daher, daß ihnen bisher nur selten Gelegenheit gegeben wurde, sich auf diesem Gebiete zu betätigen. Wie erstaunliches eine Frau bei der Leitung großer Unternehmungen zu vollbringen vermag, das läßt sich an einem interessanten Beispiel aus dem fernen Osten beweisen, das Lola Hoy in der „Daily Mail" mitteilt. „Einer der größten und reichsten Kapitalisten der Welt ist eine Frau," schreibt sie, „nicht eine Frau, die ein großes Kapital geerbt hat und es nun geschickt verwaltet; nicht eine Frau, die durch Zufall an die Spitze eines Riesenunternehmens gestellt wurde, das vielleicht ihr Mann geschaffen, sondern eine gewöhnliche kleine, ganz auf sich gestellte Frau, die vor zwanzig Jahren etwa als Witwe zurückblieb und dann mit ihrem kleinen Kapital daran ging, ungeheure Industriepläne und Unternehmungen zu verwirklichen. Jetzt, nach zwanzig Jahren, hat diese Frau all das ausgeführt, was ihr damals im Geiste klar und deutlich vorschwebte. Sie ist die Herrin riesiger Besitzungen in Japan, Korea und Westindien. Sie besitzt große Zuckerfabriken und nimmt einen hervorragenden Einfluß auf den Zuckerhandel des fernen Ostens. Ihr Eigentum sind bedeutende Zink-, Blei- und Kupferminen, und mit ihnen hat sie große Hüttenwerke verbunden. Den ganzen Kampferhandel hat sie in ihrer kleinen Hand zentralisiert und besitzt in dieser Hinsicht fast ein Weltmonopol. Unter ihrer Aufsicht stehen Baumwollmühlen, Branntweinbrennereien, Zelluloidfabriken, Stahlwerke und Gummifabriken. Sie nennt umfangreiche Brauereien, Werften, Lebensversicherungen ihr eigen und ist auch die Leiterin mehrerer Bankinstitute. Die Krönung ihres Lebenswerkes aber sieht sie darin, daß sie sich eine eigene Flotte von Handelsdampfern geschaffen hat, die die Waren aus ihren Fabriken nach allen Häfen der Welt führen. Im vergangenen Jahr umfaßte diese Flotte bereits einen Schiffsraum von mehr als einer Million Tonnen, und immer neue Schiffsbauten werden für sie ausgeführt. Ja, die neuen Schiffe ihrer Handelsflotte werden alle auf ihren eigenen Werften gebaut. Sie arbeitet mit der Internationalen Dampfschiff-Gesellschaft zusammen und steht in engen Beziehungen zu vielen europäischen und amerikanischen Firmen. Man sieht ihren Namen auf den Firmenschildern von Bombay, Kalkutta und Karacht, findet ihre Firma in London, Paris und in Berlin. Ueberall in der Welt wird von ihr gesprochen, in Kalifornien und in Neuyork, in ganz Nord- und Südamerika. In Hongkong hat sie ihre Vertretungen, in allen großen Städten Chinas. Ihr Einfluß erstreckt sich bis nach Südafrika, nach Australien und Neuseeland. Und in Japan ist ihr Einfluß natürlich überall zu spüren. Verehrung und Bewunderung liegt auf den Gesichtern, wenn ihr Name ertönt: Frau Suzuki. Als ihr Gatte vor etwa zwanzig Jahren starb, hinterließ er ihr eine kleine Zuckerfabrik, die sie sofort verkaufte. Mit dem daraus gelösten Gelde begann sie dann ihre vielen großen Unternehmungen und hat sich so allmählich zu einer japanischen Industriekönigin, zu einer Macht in der Handelswelt aufgeschwungen."

Heiteres.

„Entschuldigen Sie," sagte ein höflicher, älterer Herr in der Untergrundbahn zu einem Jüngling, „wie alt sind Sie, wenn ich fragen darf?"

„Ich? Achtzehn."

„Ja, da sind Sie doch eigentlich schon alt genug, um auf Ihren eigenen Füßen zu stehen!"

*

„Wenn ich Ihnen nun wirklich tausend Mark leihen würde, was geben Sie mir als Sicherheit?"

„Das Wort eines Ehrenmannes!"

„Gut, holen Sie ihn!"

*

„Herrgott, ich habe eine Stecknadel verschluckt!"

„Machen Sie doch nicht soviel Lärm um eine Stecknadel, hier haben Sie eine andere!"

*

„Marie, Marie, wo ist denn das Telephon?"

„Ja, Frau Salzer von nebenan schickte herum und fragte, ob sie mal das Telephon benutzen dürfte, und da habe ich's ihr hingebracht. Und verdammt schwer war es, die alten Schnüre abzukriegen!"....

(Berl. Ill. Ztg.")

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210303-19/fragment/page=0007

Kurzen.

Die Untersuchung gegen Hermes.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der gegen den Ernährungsminister Hermes erhobenen Vorwürfe hielt heute seine erste Sitzung ab. Die Abgg. Dr. Semler (Dn.) und Dr. Rießer (D Vpt.) wurden zu Berichterstattern bestellt und mit der Sichtung des vorliegenden Materials beauftragt. In der nächsten Sitzung soll entschieden werden, über welche Anklagepunkte die Beweiserhebung eingeleitet werden soll.

Schulstreik. Die Schülerinnen der Fürstin Bismarckschule in Charlottenburg sind gestern in den Schulstreik getreten, weil der Direktor morgen in eine andere Anstalt versetzt werden soll. Etwa 400 Schülerinnen protestierten vor dem Kultusministerium. Einer Deputation wurde der Bescheid, daß der Direktor wegen Verfehlungen versetzt werde und daß die Angelegenheit die Schülerinnen nichts angehe.

Die Hafenarbeiter in Hamburg-Altona haben wegen Ablehnung des von ihnen geforderten Zuschlagslohnes von 10 Mark pro Tag die Arbeit niedergelegt. Der Hafenbetrieb ruht fast vollständig.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Reichstag und Londoner Konferenz.

Berlin, 3. März. (Frankf. Ztg.). Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist die Absicht, den Reichstag während der Londoner Verhandlungen zu vertagen, fallengelassen worden. Im Gegenteil soll der Reichstag weiter seinen Arbeiten nachgehen, um jederzeit bereit zu sein, die Erklärungen der Regierung entgegenzunehmen. Die Regierung wird dem Reichstag sofort bei entscheidenden Wendungen in den Londoner Verhandlungen Mitteilungen machen und falls entscheidende Beschlüsse gefaßt werden müssen, den Reichstag befragen. Man ist in parlamentarischen Kreisen der Auffassung, daß die Regierung, falls die Verhandlungen abgebrochen werden sollten; und sich weitere Verhandlungen nicht erwarten lassen, dem tagenden Reichstag ihre Demission gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der Verständigungsabsichten mitteilen wird.

Der Aufstand in Petersburg unterdrückt.

Stockholm, 2. März. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß es der Sowjetregierung gelungen ist, den Aufstand in Petersburg zu unterdrücken. Frontruppen wurden hinzugezogen.

Eine schwache Hoffnung.

London, 2. März. Wie der Star mitteilt, glaubt man, daß es sicher ist, daß den deutschen Delegierten eine Gelegenheit gegeben werden wird, ein anderes Angebot zu unterbreiten, bevor die Konferenz abgebrochen wird.

Der Streik in Polen.

Warschau, 3. März. Wie gestern vorausgemeldet, hat sich der effektive Generalstreik im ganzen Lande als organisatorische Unmöglichkeit erwiesen. Nur Warschau und die Bergwerksbezirke zeigen eine größere Ausdehnung des Streiks. In Warschau wird auf den Straßenbahnen, im Gaswerk, in fast allen Zeitungen und Druckereien und den städtischen Aemtern gestreikt. Die Theater sind geschlossen, da das technische Personal streikt. Auf den Bahnen ist die Lage wenig verändert.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

Materialismus oder Idealismus? Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: Materialismus oder Idealismus? Ein Lösungsversuch gemäß Josef Dietzgens Erkenntnislehre von Eugen Dietzgen. Preis 5 Mark. Der Verfasser schreibt in seiner Vorrede: Josef Dietzgens kritischer Materialismus geht von der Erfahrung als letzter Grundlage aller Erkenntnis aus. Zur Prüfung seiner Thesen beruft er sich auf des Lesers eigene Erfahrung. Die Leser fanden zwar, daß seine Sätze mit der Erfahrung durchaus harmonierten, jedoch vollständig überzeugt von ihrer Gültigkeit wurden sie vielleicht nicht, weil der Arbeiterphilosoph einen systematischen Nachweis unterließ, warum Erfahrung die einzige wissenschaftlich überzeugende Begründung für eine These liefern kann und für seine Erkenntnislehre geliefert hat. Diese Lücke versuchen wir durch eine Analyse des Erfahrungsbegriffs zu beseitigen. Wir glauben sogar den Kantianern einigen originellen Aufschluß in dieser Broschüre versprechen zu dürfen, namentlich über das heute vielgenannte Problem der Wirklichkeit, der Dialekt, der Beziehung zwischen Subjekt und Objekt, und schließlich auch über das philosophische Grundproblem der Gleichstellung zwischen Sein und Denken.

Briefkasten der Redaktion.

H in Z. Unsere Beurteilung ist nach Ihrer Darstellung folgende: Die Sache ist nicht verjährt. Sie können also mit einem Zahlungsbefehl gegen den Schuldner vorgehen. Zu einer bindenden Auskunft benötigen wir den Vertrag.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftsleben Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V. Hans Gärtner; für die Inserate Wilhelm Herzog; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Eilenburg. Freitag, den 4. März, abends 7½ Uhr im Vereinszimmer der „Stadthalle". **Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Flüchtenhalle. Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein. Nichtmitglieder können als Gäste eingeführt werden.
Der Vorstand.

Löbnitz an der Linde. Sonnabend, den 5. März, findet unsere Mitgliederversammlung statt. Da wichtige Tagesordnung vorliegt, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringende Pflicht. Beginn: ½8 Uhr im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Merseburg. Zentralverband der Angestellten. Unsere Mitgliederversammlung findet Freitag, den 4. März, abends 7½ Uhr, im „Tivoli" statt. Vortrag des Bezirksleiters Vieß aus Weißenfels. Vorher Zusammenkunft der Jugendgruppe.
Der Vorstand.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Montag, den 14. Februar 1921, in der städtischen Verkaufsstelle Talamtstraße eine Brieftasche mit einem größeren Geldbetrag gefunden worden ist. Der etwaige Verlierer wird hierdurch aufgefordert, seine Ansprüche im Stadternährungsamt, Zimmer 11, innerhalb 8 Tagen geltend zu machen.

Halle, den 1. März 1921. **Der Magistrat.**

Ein Waggon billige Emaille

eingetroffen.

Bringe preiswert zum Verkauf:

Schmortöpfe, grau und neublau
22 — 16,85; 20 — 12,95; 18 — 11,85; 16 — 8,95; 14 cm — **7,65**

Kaffeeflaschen, grau und neublau
1 — 3,65; ¾ — 2,95; ½ Liter — **2,65**

Kartoffeldämpfer, grau und neublau
22 — 39,85; 20 — 34,85; 18 — 29,95; 14 cm — **14,85**

Aufwaschwannen, rund und oval 53,85 48,— 39,85 — **29,85**

Teichschüsseln, grau und neublau 10,85 9,85 8,65 — **6,85**

Brotbüchsen, oval, weißlackiert 35,85 — **29,85**

Eierlöffel mit Stiel 9,85 7,85 6,85 — **5,95**

Sand, Seife, Soda-Garnitur 27,85 19,85 — **11,85**

Kaffeekannen, weiß und neublau 11,85 10,85 — **7,85**

Console mit Maß 16,85 — **13,85**

Toilettteimer mit Deckel u. Bügel — **39,85**

Bratpfannen, lang, grau und neublau 12,85 9,85 — **8,65**

Essenträger, grau u. neublau 9,85 — **8,65**

Wäscheklammern Schock **1.35** — Waschbretter mit starker Zinkeinlage **9.85**

Fisch- und Melonenformen 7,95, 6,85 — Kaffeemühlen, sehr billig 32,85 **29,85**

Aluminium-Kinderbecher **3,95** — **Emaileeimer**, 28 cm weiss 19,85 grau 17,85 — **15,50** — Kehrschaufeln 8,95, **7,95**

Kartoffelpressen 9,85 verzinkt **11,85** — **Zinkeimer**, 28 cm schwere Ware stark verzinkt — **16,50** — Quirlgarnitur 9-teilig **19,85**

Sobel

Steinweg 45 Cöthen, Schalaunische Straße 8 — **Gr. Ulrichstr. 9** — **Reilstrasse 1** Ammendorf, Bahnhofstr. 3

Soziales Werk! Soziales Werk!

Großer konkurenzloser

Schuhverkauf!

Um die Massen mit wirklich billigem preiswertem Qualitäts-Schuhwerk zu versehen, steht ab heute ein grosser Posten gutem dauerhaften Schuhwerks zum Verkauf.

Warum so billig in nur Pa. Qualitäten?

I. Weil das Geschäft von Fachleuten geleitet,
II. Weil wir Selbsthersteller und nur Pa. Qualität Ober- und Unterleder in der Fabrik verwenden.
III. Ohne jeden Zwischenhandel und luxuriöse Einrichtung die Bevölkerung mit billigem, jedoch gutem Schuhwerk versehen wollen, dies alles kommt dem Käufer zu gute. Es ist jedermann in der Lage, durch unser günstiges Angebot seiner Familie 1 Paar Stiefel zu erstehen, zumal Sie im „Schuhhof" 60% billiger als bei der Konkurrenz kaufen.

Wir machen auf sämtliche **Kinder- u. Mädchenstiefel-Preise** in nur bester **Ausführung** ganz besonders **aufmerksam.**

Einige Beispiele der Preise:

Ia genarbt Rindleder-Derbystiefel	Lederbrandsohle	27/35 Mk.	55—
IIa Rindbox, Box Calf, Roß-Chevr. Derbystfl.	Lederausführg.	27/35 Mk.	78—
Ia Rindbox-Derbystfl.	Lederausführung	27/30 Mk. 90.— 31/35 Mk.	95—
Ia Box Calf u. Rindbox-Herrenstfl.	Lederausführg.	Mk. 150.—	160—
Ia Lackleder-Schnürschuh	Lederausführung	Mk.	160—
Ia braun echt Chevr.-Schnürsche	Lederausführung	Mk.	150—
Ia dto. Hochschaft	Lederausführung	Mk.	180—
Ia dto. Herrenschaft	Lederausführung	Mk.	190—
Braune Kinder- u. Mädchenstiefel	27/30 Mk. 80.—	31/35 Mk.	95—

Beachten Sie die Schaufenster, was Sie hier nicht vorfinden, finden Sie bestimmt im Geschäfte.

Neumarktstr. 3/4 Nähe Kaffee David — **Schuhhof** — Neumarktstr. 3/4 Alte Promenade.

N. B. Die Eröffnung der Reparatur-Anstalt erfolgt in Kürze zu Herstellungspreisen, Reparaturen werden jetzt schon angenommen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Weißenfels

Beisitzerwahlen zum Kaufmannsgericht für die Stadt Weißenfels.

Gemäß § 15 des Ortsstatuts betr. das hiesige Kaufmannsgericht wird hierdurch bekannt gegeben, daß bei der am 25. Februar d. Js. durch den hiesigen Magistrat vorgenommenen Wahl als Beisitzer aus dem Kreise der Kaufleute:

1. Drogist **Oskar Jenker**,
2. Kaufmann **Gottlieb Spilker**,
3. Schuhfabrikant **Arno Sonntag**,

aus dem Kreise der Handlungsgehilfen:

1. Buchhalter **Ernst Schreder**,
2. Buchhalter **Kurt Träber**,
3. Lagerhalter **Gustav Keidel**,

gewählt worden sind.

Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl sind binnen einer Ausschlußfrist von einem Monat nach der Wahl bei dem Bezirksausschuß in Merseburg anzubringen.

Weißenfels, den 2. März 1921.

Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts
Müller.

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet gegen Abgabe der 2. Quarkmarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von Mk. 1.— abgegeben.

Beiteld, Marienstr. Nr. 20801—21800.

Die Abholung hat bis zum 5. 3. mittags zu erfolgen.

Reclams Universal-Bibliothek

Preis **1 50** pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Stellen finden.

Maurer

für hiesige Baustelle werden gesucht.

Baugeschäft W. Bode, Reilstr. 89.

Jeder Leser der Volksstimme

erinnere bei Einkäufen sich und den Verkäufer bezw. Geschäftsinhaber an den Inseratenteil der Volksstimme und besuche nur solche Veranstaltungen, zu denen durch Anzeige in der Volksstimme eingeladen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210303-19/fragment/page=0008